

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3617.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Köpfe, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 A.
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Crimmitschau. (Telegramm.) Wegen Maßregelung bei der Firma Rohland & Pohlund Zuzug fern halten.

Zuzug ist fern zu halten von:

- Tischlern nach Breslau, Zuffenhausen, Elbing, Kreuzlingen (Firma Lub), Graz, Elmshorn, Stettin (Simon), Senftenberg, Blankenese, Döckenhuden (S. Wein, S. Grelt, S. Seifert und W. Schumann), Schmöllen (Schade & Co.), Johanns-Georgenstadt, Halberstadt, Cunersdorf (Werthsch), Kellheim, Rothenburg a. d. Tauber, Ulm a. d. Donau (Meuffer & Bauer);
- Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Bildhauern nach Altwasser (Schmidtgen);
- Tischlern u. Holzbearbeitungsmaschinisten nach München;
- Tischlern, Drechslern und Bildhauern nach Themar (Möbelfabrik Klübscheid), Urach i. Württemberg;
- Mobeltischlern nach Landsberg a. d. Warthe, Frankfurt a. d. O. (Gaul & Hoffmann);
- Möbeltischlern, Holzbildhauern, Drechslern, Stellmachern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Warmbrunn (Gebr. Wallfisch);
- Stuhlmachern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Rabenau;
- Billardtischlern nach Bblin (Weinreis);
- Drechslern nach Schmöllen;
- Perlmutterdrechslern nach Kelbra (Firma Mosbach);
- Tonfabriekern nach Wettenhausen b. Kassel (Kochol's Stöckfabrik);
- Polirern nach Dresden;
- Kammachern nach Kreuznach;
- Stellmachern nach Barmen, Breslau, Hamburg, Uerdingen a. Rh. (Waggonfabrik), Wiesbaden;
- Korbmachern nach Rothenburg an der Tauber (Heinrich-maler & Wülfch).

Die Münchener Schreinerbewegung

oder:

Pardon wird nicht gegeben!

Wer geglaubt hat, daß die Münchener Unternehmer aus dem Kampfe mit den Schreineren vor zwei Jahren die Konsequenz gezogen, lieber die minimale Verkürzung der Arbeitszeit und die ebenso unbedeutende Lohnforderung zu bewilligen, anstatt es auf einen Monate langen Kampf, der die gesamte Holzindustrie am Orte schwer schädigt, ankommen zu lassen, der hat sich, wie die Thatsachen beweisen, schwer geirrt. Wir waren von vornherein sicher, daß bei der Zukunftslosigkeit des Münchener Großunternehmertums, bei der Rückständigkeit und Abhängigkeit der Kleinmeister und bei der Energie, mit der die Gehülften ihre Forderungen vertraten, es diesmal mit Rosenwasser Sprengen nicht abgehen, sondern ein heftiger Kampf geführt werden würde. Geglaubt haben wir aber trotzdem, daß, da kein Kampf bis in alle Ewigkeit gefochten wird, auch in München Pardon gegeben, die zum Frieden gebotene Hand nicht zurückgeschlagen würde; darin täuschten wir uns.

Wie schon in voriger Nummer mitgeteilt, ist der Antrag der Streikenden, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, abgelehnt worden, und zwar mit der sonderbaren Motivierung, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts ein zu großer Arbeiterfreund sei und von dessen Schiedsspruch eine Bewilligung der Gehülftenforderungen vorauszusehen wäre. Die Meister wollen lieber zu Grunde gehen als nachgeben. Allen Respekt vor diesem heroischen Entschluß, wenn er ernst gemeint wäre. Schredschüsse sind es, nichts weiter, Schredschüsse, die man billig verpuffen

konnte, nachdem die Gehülften die Hand zum Frieden boten.

Warum geschah das? Sind die Aussichten, zum Siege zu kommen, so gering, daß die Einigung angeboten werden mußte? Wir meinen, daß, wer den Frieden anbietet, damit rechnen muß, daß er von den ursprünglich von ihm vertretenen Forderungen sich Abstriche gefallen lassen muß. Sind die Kollegen Münchens gewillt, von dem Neunstundentag zurückzutreten, ihre sonstigen Forderungen zu reduzieren, gut, dann mögen sie das frei und offen erklären. Wozu denn erst die Zeremonie vor dem Einigungsamt? Wir sind gewiß dafür, daß jeder Kampf so schnell wie möglich beendet wird im Interesse beider kämpfenden Parteien, aber wir können nicht umhin, zu erklären, daß wir unter den obwaltenden Umständen den Schritt nicht gethan hätten. Das Unternehmertum hat, diesmal sehr mit Unrecht, daraus geschlossen, daß irgend welche zwingende Motive zu dem Schritt Veranlassung gegeben hätten, und daß dem ersten Schritt bald der zweite folgen würde. Wir wissen nun zwar, daß die Münchener Kollegen garnicht daran denken, nachdem die von ihnen dargebotene Hand zum Frieden von den Meistern zurückgewiesen ist, denselben Meistern noch einmal Gelegenheit zu geben, in hochnäsiger Art erklären zu können: „Wir wollen lieber zu Grunde gehen, als bewilligen.“

Wir vertreten den Standpunkt ein für allemal, daß, bevor in einen Lohnkampf eingetreten wird, alle Forderungen reiflich erwogen werden, d. h. nichts gefordert wird, was unter den jeweiligen örtlichen und sonstigen Umständen keine Aussicht auf Erfüllung findet; eine Schachpolitik soll von vornherein ausgeschlossen sein. Erst dann, wenn alle Versuche, auf friedlichem Wege dem Ziele nahe zu kommen, gescheitert sind, soll der Kampf beginnen, dann aber auch bis zum Äußersten geführt werden. Treten Umstände ein, die einen Erfolg aussichtslos erscheinen lassen, dann ist es besser, unumwunden zu erklären, wir vertagen den Kampf oder wir können nichts erreichen und darum sei für diesmal Schluß gemacht. Nun liegt, soweit wir aus der „Münch. Post“ unterrichtet sind, weder zu dem Einen, noch zu dem Anderen, irgend welche Veranlassung vor, und deshalb ist es uns ganz unverständlich, wie man zu dem Strohhalm: „Einigungsamt“ greifen konnte.

Daß der angebotene Friede die Unternehmer noch steifnackiger gemacht hat, als sie schon vorher waren, geht daraus hervor, daß sie gleich darauf beschlossen, eine neue Werkstattdordnung auszuhängen, die Bestimmungen enthält, welche der Organisation der Gehülften nicht angenehm sein können. Trotzdem sind diese Bestimmungen nicht so aufzufassen, als ob durch dieselben das Koalitionsrecht gefährdet oder geschmälert werden könnte. Verbiethet man unseren Verbreitern der Zeitung und den Einkassirern der Beiträge den Zutritt zu den Werkstätten, wo man bisher nichts dagegen einzuwenden hatte, so ist das eine Maßregel, die der Rache der Unternehmer entsprang und die der Organisation am Orte auch Angelegenheiten bereitet. Aber darüber werden sich die Münchener Kollegen wohl noch hinwegsetzen können. Das Koalitionsrecht der Kollegen zu zerstören, ist eine solche Maßnahme doch nicht im Stande, und wir würden es, offen gesagt, kleinlich finden, würden wir der Maßnahme eine solche Wirkung zuschreiben. Der Holzarbeiterverband hat schon ganz andere Klippen umschifft, um an's Ziel zu kommen, und die Mitglieder desselben in München werden den Unternehmern beweisen, daß sie pfeifen auf die der Unternehmerrubrität entsprungene Maßregel, sie werden mit größerer Energie, wenn auch mit einigen Mehrkosten, dasselbe wie vor der beabsichtigten Werkstattd-

ordnung erreichen, nämlich die Organisation zu einem Machtfaktor auszubauen, mit dem die Unternehmer zu jeder Zeit rechnen müssen.

Der Streik hat nun alle Formen des regelrechten Klassenkampfes angenommen. Jetzt handelt es sich nicht mehr um den Neunstundentag oder um den Minimallohn, sondern einzig und allein um die Machtfrage. Der Minimallohn war von allem Anfang an nicht der Stein des Anstoßes und die Lohnkommission der Gehülften hat bereits bei der ersten Unterhandlung mit dem Ausschusse des Arbeitgeberverbandes erklärt, daß die Gehülften, wenn bezüglich der neunstündigen Arbeitszeit eine friedliche Vereinbarung zu Stande komme, bezüglich der Forderung eines Minimallohnes mit sich reden lassen. Allein die Scharfmacher und ihr Stiefelwischer Habersbrunner hatten kategorisch dekretirt, daß von der zehnstündigen Arbeitszeit nicht abgegangen wird. Wohl giebt es im Arbeitgeberverband eine ganze Anzahl von Unternehmern, die nun schon genug haben des grausamen Spiels und der Vertheidigung mit den Gehülften das Wort reden. Allein der Scharfmacherknecht Habersbrunner scheint am Siege oder an der Niederlage der ringenden Parteien persönlich interessiert zu sein, weshalb er fortgesetzt zum Widerstande hegt. Denn sollten die Scharfmacher abermals unterliegen, dann dürften sie von der Ueberflüssigkeit ihres Herrn „Sekretärs“ überzeugt sein und dieser müßte sich wohl oder übel nach einer anderen Futtertrippe umsehen. Die streikenden Schreiner sind sich der Tragweite des Kampfes wohl bewußt, denn sollten sie unterliegen, dann würden die Scharfmacher noch frecher ihr Haupt erheben und dürften in ganz Bayern die zehnstündige Arbeitszeit bald „Prinzip“ werden. Deshalb ist nicht nur die Münchener Arbeiterschaft, sondern die Arbeiterschaft von ganz Bayern an dem Kampfe der Schreiner interessiert, und muß die organisirte Arbeiterschaft von allen gesetzlich erlaubten Mitteln Gebrauch machen, um den Sieg an die Fahne der Schreiner heften zu können.

Der zurückgewiesene Einigungsversuch zeigt den Münchener Kollegen den Weg, den sie im weiteren Verlaufe des Kampfes zu gehen haben; daß sie ihn gefunden haben, beweist die folgende Resolution, welche gelegentlich des Generallappells angenommen wurde. Sie lautet:

„Die heute, den 1. August, im Gabelsbergerteller zum Generallappell versammelten streikenden Schreiner nehmen Kenntniß von den ablehnenden Beschlüssen der Meisterschaft gegenüber dem durch die Streikenden angerufenen Einigungsamt. Sie bedauern es umsomehr, da nun jeder weitere Versuch einer Einigung auch für die Streikenden unmöglich gemacht ist. Die Anwesenden erklären deshalb, daß sie nun ohne Rücksicht auf alle weiteren Konsequenzen für die Meisterschaft in noch schärferer Form den Kampf fortführen werden. Die im Streik stehenden Maschinenarbeiter beschließen, bei denjenigen Meistern, die heute Streikarbeit für Andere machen, nach Beendigung des Streikes jedwede Maschinenarbeit zu verweigern und wird hierzu die Lohnkommission beauftragt, eine Liste anzulegen, um sie dann bei geeigneter Zeit jedem Maschinengeschäft zuzustellen. Die streikenden Schreiner aber verpflichten sich, diejenigen Maschinengeschäfte nach dem Kampfe zu meiden, in denen heute für diese Meister Arbeit angefertigt und mit Streikbrechern gearbeitet wird.“

Das ist die richtige Antwort, so gefällt sie uns. Pardon wird nun nicht mehr gegeben!

Das Koalitionsrecht in Elßaß-Lothringen in Theorie und Praxis.

II.

Eine Gewerkschaftsbewegung existirt in Elßaß-Lothringen eigentlich erst seit den letzten zehn Jahren. Die älteste der Gewerkschaften, der elßaß-lothringische Buchdruckerverband, besteht zwar seit Anfang der siebziger Jahre, doch stand er infolge der zahllosen gesetzlichen Hemmnisse, die sich der Gründung von Berufsorganisationen der Arbeiter entgegenstellten, nahezu 20 Jahre vereinzelt da. Seit Ende der achtziger Jahre sind nach und nach in den größeren Städten und Industriestädten eine ganze Reihe von Organisationen entstanden, die aber nur langsam an Boden gewinnen, namentlich veranlaßt auch wieder durch die Hemmnisse, die ihnen behördlicherseits in den Weg gelegt wurden.

Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, eine Geschichte dieser Gewerkschaftsbewegung oder einen zahlenmäßigen Nachweis ihrer Entwicklung zu bieten. Nach den in dem ersten Artikel gemachten Ausführungen bleibt deshalb nur noch eine Beleuchtung aller jener Gesetzesbestimmungen in ihrer praktischen Wirkung übrig, ein Beginnen, das gewiß des Interesses der Leser werth ist. Denn kaum noch hat man in Sachsen oder Preußen, in Anhalt oder Sachsen-Weimar und in allen jenen deutschen Vaterländchen, deren Exekutive sich durch besonders strammes Auftreten gegen die Arbeiterbewegung bekannt gemacht, sich so weit in Polizeidiktatorien und in einer weitherzigen Anwendung der das Koalitionsrecht absorbirenden Bestimmungen verstrickt, als das unsere reichsländische Exekutive that. Für den Kulturhistoriker späterer Tage bleibt hier noch ein Thätigkeitsgebiet zu bearbeiten, das gewiß staunenerregende Ergebnisse zu Tage fördern wird.

Beginnen wir zunächst mit dem Versammlungsrecht, so bietet es genügend Möglichkeiten, um der Exekutive in ihren staatsreiterischen Thaten erfolgreiche Arbeit zu garantiren. Die Mittel, die zur Durchbrechung der Versammlungsfreiheit angewendet werden, sind dabei nach Zeit und Ort sehr verschieden. In Mülhausen ist das beliebteste, das zur Verhinderung einer Versammlung in Anwendung kommt, die sogenannte Vertagung, das heißt, der Bezirkspräsident vertagt eine Versammlung, um eine Entscheidung des Ministeriums herbeizuführen. Einige Wochen nach dem Versammlungstermin wird dann meistens dem Einberufer die ministerielle Entscheidung mitgetheilt, nach der die vor einigen Wochen vertagte Versammlung endgültig verboten wird. Diese Verbote stützen sich auf Artikel 13 des Gesetzes vom 6. Juni 1868, wonach ein Versammlungsverbot dann begründet ist, wenn die Versammlung nach Meinung des Ministeriums geeignet ist, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Man bedenke, daß es sich in solchen Versammlungen ausschließlich um harmlose Agitationsversammlungen der Gewerkschaften handelt. Mit besonderer Vorliebe verbietet die Behörde die Tagesordnungspunkte „Diskussion“ und „Verschiedenes“ in öffentlichen Versammlungen, deren Tagesordnungen ja bekanntlich der Anzeigepflicht unterstellt sind, zahlreiche noch sind aber die Maßregeln gegen die Versammlungsredner. Lange Zeit war es in Straßburg namentlich übliche Praxis, den Rednern nur in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen ihres Berufes das Sprechen, auch in der Diskussion, zu gestatten. Auswärtigen Rednern wird in Colmar und Mülhausen immer, in Straßburg und Metz sehr oft das Sprechen ohne Weiteres untersagt. Dabei sind die Entschliessungen der Behörde sehr oft widerspruchsvoll. Dem Hauptvorsitzenden des Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiterverbandes wurde in Straßburg das Sprechen verboten, obwohl ihm bei früheren Gelegenheiten kein Hinderniß in den Weg gelegt worden war und auch andere auswärtige Agitatoren dieses Verbandes ohne behördliches Einschreiten sprechen durften. Ähnlich erging es dem Kollegen Christianen in Freiburg, der vor einem Jahre ohne Anstand in Straßburg sprechen durfte, während ihm später das Sprechen verboten wurde. Dasselbe Schicksal ereilte einen Schmiedemacher. Dem Maurer Silberschmidt aus Berlin wurde das Sprechen untersagt, weil die Behörde nicht rechtzeitig genug die erforderlichen Ermüdigungen habe einziehen können, während einem Maurer aus Nürnberg vor wie nach dieser Versammlung das Reden in Straßburg gestattet wurde. Die Nachweise der willkürlichen und widerspruchsvollen Anwendung des Versammlungsrechts ließen sich noch beliebig vermehren — die angeführten Beispiele werden jedenfalls genügen, um zu erweisen, wie furchtlos die Polizei vorgeht. Doch sind diese Polizeithaten immerhin noch nicht das Schlimmste — denn einigermassen kann man sich doch helfen mit Privatversammlungen, zu denen allerdings nur Personen

gegen persönliche Einladung zuzulassen sind, wenn diese Versammlungen für die Organisations- und Agitations-thätigkeit auch lange nicht jenen Effekt haben, als öffentliche Versammlungen —, schlimmer als die Beschränkungen der Versammlungsfreiheit wirken diejenigen auf dem Gebiete des Vereinsrechts.

Wir haben im ersten Artikel gesehen, daß die Organisationsthätigkeit trotz der Garantie des Koalitionsrechts von dem freien Ermessen der Behörden abhängig ist, denen das rückständige Vereinsrecht, welches auf dem Boden des Koalitionsverbotes erwachsen ist, hierzu hinreichende Handhaben bietet. Auch hier ist das Vorgehen der Behörden sehr widerspruchsvoll, und man fühlt sich allzu oft nach Schilba versezt, wenn man die reichsländischen Verhältnisse nach dieser Praxis in Vereinsfragen beurtheilt. Während es den Holzarbeitern Straßburgs erlaubt ist, sich im Deutschen Holzarbeiterverband zu organisiren, ist diese Wohlthat den Kollegen Schiltigheim's, einem Orte zwei Schritte vor den Thoren Straßburgs, bei Strafe verboten. Während in Straßburg nahezu für alle Berufe Organisationen behördlich genehmigt sind, die als Zweigvereine altdeutscher Zentralverbände gelten, blieb diese Genehmigung des Anschlusses an altdeutsche Zentralisationen zumeist verjagt, so den Textilarbeitern, die durch diese Praxis thatsächlich sich dazu bestimmen ließen, einen selbstständigen Textilarbeiterverband für Elßaß-Lothringen zu gründen. Hier zeigte sich übrigens die Exekutive in ihrer ganzen Größe. Denn im Mai 1897 bereits wurden die Statuten des Verbandes den Behörden zur Genehmigung vorgelegt und erst nach zwei vollen Jahren traf beim Vorstand ein Schreiben des Bezirkspräsidenten ein, der mittheilte, daß das Statut wesentlich abgeändert werden müsse. So dürften in dem Verein nur Reichsangehörige Aufnahme finden, welche das 18. Lebensjahr überschritten haben. Frauen sei die Aufnahme in die Gewerkschaft zu versagen. Erst nachdem diese Abänderungen des Statuts vorgenommen waren, wurde die Genehmigung erteilt — mehr als zwei Jahre nach Einreichung der Statuten.

Im Oberelßaß scheint man gegen die Gewerkschaften, deren Sitz sich in Altdeutschland befindet, überhaupt große Abneigung zu haben. So hat man auch unseren Kollegen in Colmar und Gebweiler die Genehmigung zur Gründung von Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes verjagt, während man denselben gestattet, Lokalvereine zu gründen, welche 65 bezw. 70 pzt. ihres Kassenbestandes beim Hauptvorstande des Holzarbeiterverbandes deponiren dürfen (!!). So arbeitet man auch seitens der Behörden darauf hin, die elßaß-lothringische Arbeiterbevölkerung von der deutschen Arbeiterschaft immer mehr zu separiren. Nach solchen Entscheidungen sollte man thatsächlich annehmen, nicht die Protestler, sondern die verantwortlichen Behörden seien Träger des elßaßischen Partikularismus. Das ist auch eine Art Germanisationspolitik, aber im umgekehrtem Sinne des Wortes.

Von besonderem Interesse in diesem Kampfe der elßaß-lothringischen Arbeiterschaft um das ihr gewährleistete Koalitionsrecht ist jedenfalls ein Fall in Metz, der vor einem Jahre die dortigen Gerichte beschäftigte. Vor nahezu zwei Jahren wurde in Metz die Gründung einer Zahlstelle des Maurerverbandes vollzogen und dazu die behördliche Genehmigung nachgesucht. Dieselbe wurde verweigert, worauf die Angehörigen dieser Organisation dem Verband als Einzelmitglieder treu blieben und ihre Vereinsgeschäfte in Privatversammlungen erledigten. Diese wurden verschiedentlich aufgelöst und der Vertrauensmann der Maurer schließlich unter Anklage gestellt wegen Zugehörigkeit zu einer verbotenen Vereinigung. Die Strafkammer des Mezer Landgerichts fällt indessen ein Urtheil, welches den Veranhaltern der ganzen Verfolgung jedenfalls nicht erwünscht sein konnte. Es wurde darin erklärt, daß ja nach § 152 der Gewerbeordnung alle landesrechtlichen Verbote und Strafbestimmungen aufgehoben seien, „soweit solche gegen Arbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet sind“, und da die betr. Organisation nachgewiesenermaßen nichts Anderes bezwecke, so sei sie gesetzlich erlaubt, „ohne daß die Verwaltungsbehörde um Ertheilung der Genehmigung angerufen zu werden brauchte“. Es erfolgte ein freisprechendes Urtheil, womit das ganze die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter schädigende Verhalten der Behörden gerichtet war.

Man sollte nun meinen, daß das ganze die Arbeiterkoalitionen erschwerende Leiben der Behörde infolge dieses Gerichtsurtheils, welches doch eine schwere Blamage für die Feinde der Arbeiterbewegung darstellte, eingestellt worden wäre — nichts von alledem. In einem Prozeß in Straßburg, bei dem dieses Mezer

Urtheil als Beweismittel eine wichtige Rolle spielte, erklärte ja der Staatsanwalt, dieses Urtheil sei in seiner Feststellung noch keineswegs unbestritten, es sei erst dann für das ganze Land rechtsbindend, wenn es vom Oberlandesgericht bestätigt sei. Und doch hatte es die Anklagebehörde seinerzeit unterlassen, gegen das Urtheil Revision einzulegen, auch scheint man sich augenscheinlich vor einer solchen unzweideutigen Feststellung, da man sonst lange schon gegen verschiedene Vereine vorgegangen wäre, die sich der Exekutive widersezt haben. Ist nach dem Mezer Urtheil in Metz selbst eine Besserung in dem Verhalten der Behörde gegen Gewerkschaften eingetreten, so doch keineswegs in Unter- und namentlich im Oberelßaß. Typisch hierfür ist der oben schon angeführte Fall der Gründung einer Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in Schiltigheim.

Als unsere dortigen Kollegen in genanntem Ort um die Genehmigung einer Zahlstelle unseres Verbandes nachsuchten, wurde dieselbe vom Bezirkspräsidenten verweigert, obwohl dicht dabei in Straßburg seit Jahren eine behördlich genehmigte Zahlstelle des Verbandes existirt. Die Kollegen wandten sich beschwerdeführend gegen das Verbot des Bezirkspräsidenten an das Ministerium, worauf ihnen die Entscheidung wurde, daß keine Veranlassung vorliege, das Verbot aufzuheben. Gründe waren für das Verhalten des Ministeriums nicht angegeben. Auf das in Metz ergangene Urtheil gestützt, erklärten die Kollegen hierauf in einem weiteren Schreiben an die Verwaltungsbehörde, daß sie trotz des Verbots ihre Organisation hochhalten würden, die ihnen nach § 152 der Reichsgewerbeordnung garantiert sei. Sie erhielten ein Schreiben des Kreisdirectors Graf zu Solms, der ihnen darin „auftraggemäß“ mittheilte, daß die geplante Zahlstelle „nicht als unter den § 152 der Gewerbeordnung fallend betrachtet würde, da angenommen wird, daß die in den Satzungen vorgesehenen wirthschaftlichen Bestrebungen nur vorgeschützt sind, während der Verein in Wirklichkeit politische Ziele verfolgt. Dementsprechend wird hiermit an den Verein die Aufforderung gerichtet, sich aufzulösen, da er die zu seinem Bestehen gesetzlich erforderliche polizeiliche Genehmigung nicht besitzt.“ Die Zugehörigkeit zum Verein wurde mit erheblichen Strafen bedroht und die behördliche Auflösung des Vereins angekündigt, falls nicht binnen 8 Tagen die Auflösung desselben gemeldet sei. Dieser Entscheidung ist der Bezirkspräsident später ausdrücklich beigetreten durch folgenden Beschluß, den wir wegen des eigenartigen Stils in Folgendem wörtlich anführen wollen. Er lautet:

Straßburg, den 14. Dez. 1899.

Der Bezirkspräsident des Unter-Elßaß.

Beschluß.

Nach Einsicht der Verhandlungen über die Gründung eines Vereins unter dem Namen „Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Schiltigheim“, in Erwägung, daß dieser Verein mehr als zwanzig Mitglieder zählt, daß er ferner gemäß den Bestimmungen in Artikel 291 ff. des französischen Strafgesetzbuches, sowie den Vorschriften des Gesetzes vom 10. April 1834 zu seiner Bildung der Genehmigung der Regierung bedürfte, daß diese Genehmigung nicht erteilt worden ist, in Anwendung des Art. 292 des französischen Strafgesetzbuches

Beizliche ich, was folgt:

Art. 1.

Die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Schiltigheim wird hiermit aufgelöst.

Art. 2.

Der Herr Kreisdirector hierselbst wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Bezirkspräsident (gez.) Galm.

IV. 9166.

Das reichsländische Ministerium weiß sich zu helfen, wie die Leser aus diesen Beispielen ersehen. Es bekundet in der neueren Praxis so viel Achtung vor dem § 152 der Gewerbeordnung, daß es ihn nicht offen hinwegleugnet; es „nimmt“ einfach „an“, daß der zu gründende Verein politische Ziele verfolgt, trotzdem er ausdrücklich als Koalition im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung gegründet ist. Diese „Annahme“ ist hinreichend, um die Genehmigung zur Gründung einer Gewerkschaft zu verweigern, obwohl auch nicht der Schimmer eines Beweises für die Richtigkeit derselben vorlag. So werden im Lande der wiedergewonnenen Brüder die Rechtsgarantien geboten, indem man wichtige Rechte aus dem Gesetze wegstamotirt. Die Holzarbeiter Schiltigheim's haben sich nicht gefügt, sie haben des Defteren öffentlich erklärt, daß sie ihren Verein weiter bestehen lassen trotz der zahlreichen Verbote. Es haben mehrfach Versammlungen des Verbandes stattgefunden, die dann immer aufgelöst wurden, ohne daß es aber, wie es von den Kollegen gewünscht und für

diesen Fall angedroht war, zu einer Strafverfolgung kam. Das Ministerium Puttkamer scheint sich augenscheinlich vor einem Vorgehen analog der vielen Drohungen, die an die Verbandsleiter ergangen sind; es fürchtet, eine ähnliche Blamage zu erleiden, wie voriges Jahr in Mex, deshalb beschränkt man sich auf die Drohungen schlechtweg und auf jene kleinlichen Chikanierungen, wie Einschüchterung der Wirths und der Mitglieder, um so den Zweck zu erreichen.

Ueberflüssig, zu sagen, daß man auch im Reichsland mit den Unternehmern anders verfährt. Die dürfen sich auch hier anstandslos koaliten. So wurde Anfang des Jahres von den Bauunternehmern eine Landesorganisation gegründet, die Zweigvereine in allen größeren Städten des Landes hat und an den Felsch'schen Bauunternehmerverband angeschlossen ist. Die Gründung wurde mit ziemlichem Tamtam vollzogen; von einem Einschreiten der Behörden hat man in diesem Falle nichts gehört. Durch solche widerspruchsvolle Anwendung des Koalitionsrechts werden die Arbeiter natürlich schwer geschädigt, um so mehr, da die Unternehmer glauben, sich infolge der Rechtlosigkeit der Arbeiter gegen diese Alles herausnehmen zu dürfen. Nicht besser kann das beleuchtet werden, als durch die Feststellung des Fabrikinspektors für Lothringen (Jahresbericht 1897, Seite 83), der über eine Lohnbewegung der Buchdrucker berichtet und dabei konstatiert, daß die von der Bewegung betroffenen Prinzipale bei der Verwaltungsbehörde um die Auflösung des Buchdruckerverbandes nachsuchten.

Gegen das Verhalten der Behörde ist mehrfach im Reichstage und in den Bezirkstagen Verwahrung eingelegt worden — ohne wesentlichen Erfolg. Und so steht auch heute für die Arbeiter das Koalitionsrecht nur mehr auf dem Papier, während ihnen wirtschaftliche Organisationen nur ausnahmsweise und als besondere Gnabenbezeugungen genehmigt werden. Für die reichsländische Verwaltungsbehörde ist der § 152 der Gewerbeordnung nur insoweit vorhanden, als es ihr recht erscheint; sie steht anscheinend über dem Gesetz. Mögen die Arbeiter um so mehr festhalten an ihren spärlichen Rechten, ob mit oder ohne Sanktion des Herrn v. Puttkamer, und es wird die Zeit kommen, wo auch diesen Leuten etwas mehr Achtung vor dem Gesetz beigebracht ist.

Die siebente Generalversammlung des Verbandes freier Krankenkassen

fand am Montag, 9. Juli, in Hamburg statt. Es waren 14 Zentralkassen mit zusammen 176891 und 11 Lokalkassen mit 4718 Mitgliedern durch 39 Delegirte vertreten.

Den Vorstandsbericht erstattete Blume: Die heutige Generalversammlung wird sich hauptsächlich, außer anderen wichtigen Angelegenheiten, mit der Stellungnahme der Freien Hülfskassen zu der in Aussicht stehenden Novelle zum Krankenversicherungsgesetz befassen haben. Nach der dem Vorstandsvorstande zugegangenen Mittheilung der Behörde für Krankenversicherung soll schon in der nächsten Session des Reichstages eine Aenderung des Gesetzes zur Verathung und Beschlußfassung gelangen. Der Vorstand hat daher nicht unterlassen, bereits in seiner Einladung zur diesmaligen Generalversammlung auf die Wichtigkeit der Sache hinzuweisen. Der Vorstand hielt im verflossenen Jahre 11 Sitzungen ab. Zu zwei Sitzungen waren außer den Vorstandsmitgliedern noch Vertreter von fünf anderen hiesigen Kassen eingeladen, in der ersten waren nur zwei, in der zweiten gar kein Vertreter von letzteren erschienen. Und doch war gerade die zu behandelnde Angelegenheit eine der wichtigsten, welche die Kassenverbände in Verathung zu ziehen hatten; nämlich die bereits erwähnte Stellungnahme zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes. — Von der Behörde für Krankenversicherung in Hamburg war der Vorstand ersucht worden, ein Gutachten über einige als änderungsbedürftig angesehene Punkte des Krankenversicherungsgesetzes abzugeben. Der Vorstand hat wie folgt geantwortet:

In Anlaß der uns von löblicher Behörde für Krankenversicherung übermittelten, von dem Herrn Reichskanzler angeregten vier Punkte, betreffend Revision des Krankenversicherungsgesetzes:

- I. Ob es sich empfiehlt, die Mindestdauer des Krankengeldbezuges im Falle der Erwerbsunfähigkeit von 13 auf 26 Wochen zu erhöhen, um so den Anschluß an die Invalidenversicherung herzustellen;
 - II. ob nicht ein günstigeres Verhältnis zwischen den Verwaltungskosten und den Kassenleistungen durch Vereinfachung der Organisation zu erreichen wäre;
 - III. inwieweit es sich empfehlen dürfte, im Gesetze selbst zu der Frage der freien Arztwahl Stellung zu nehmen;
 - IV. ob es nicht im Interesse sowohl der Versicherten als auch der Krankenkassen rathsam wäre, im Gesetze selbst zu bestimmen, inwieweit die Behandlung durch andere als approbirte Aerzte gestattet sein soll, wobei die Ausnahmefälle einzeln zu erörtern sein würden,
- gestatten wir uns, unsere Ansicht hierüber in Folgendem zu äußern:

- I. Der Anschluß an die Invalidenversicherung durch Erhöhung der Krankenunterstützung, einschließlich ärztlicher Hülfe und Arznei, von 13 auf 26 Wochen wird für nothwendig erachtet.
- II. Eine Verringerung der Verwaltungskosten zu Gunsten der Kassenleistungen könnte herbeigeführt werden durch eine Zusammenlegung der verschiedenen Ortskassen.
- III. Die freie Arztwahl für die Krankenkassen gesetzlich festzulegen, ist nicht zu empfehlen.
- IV. Es empfiehlt sich nicht, im Gesetze zu bestimmen, welche Personen außer approbirten Aerzten Krankenbehandlung vornehmen dürfen.

Der Vorstandsvorstand hatte sich auf Grund des Beschlusses der vorigen Generalversammlung, nach welchem sie sich damit einverstanden erklärte, daß „überall in Deutschland, wo die Nothwendigkeit hervortritt und die Möglichkeit gegeben ist, Heilstätten und Rekonvaleszentenheime errichtet werden nach Art der bei Hamburg errichteten, mit dieser Sache in mehreren Sitzungen zu befassen. Es ist dann auch gelungen, in verschiedenen Gegenden Deutschlands geeignete Plätze mit mäßigen Kostenpreisen für Rekonvaleszenten und Lungen-, sowie nervöse Kranke zu errichten. Nebner gab sodann eine Uebersicht über die in verschiedenen Theilen Deutschlands errichteten Heime, und wurde nach kurzer Debatte beschlossen, der nächsten Generalversammlung einen Bericht über Frequenz zc. möglichst sämmtlicher Heime vorzulegen.

Vom Kassirer Bulle wurde sodann der Kassenbericht vorgelesen. Nach demselben war vorhanden: Kassenbestand von der letzten Abrechnung M. 1024,80, Einnahme 1106,27. Summa M. 2131,07. Ausgabe M. 988,78. Bestand M. 1142,29.

Dem Kassirer sowie dem Gesamtvorstande wurde Decharge erteilt.

Hierauf hielt Zaffe einen Vortrag über: „Die Vorschläge zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes“. Nebner führt ungefähr Folgendes aus:

„Außer Aeußerungen von der Regierung nahestehenden Personen liegt Authentisches noch nicht vor, man könne sich daher nur mit diesen beschäftigen, in der sicheren Voraussetzung allerdings, in den Vorschlägen des Dr. Hoffmann es mit den Ansichten der Regierung zu thun zu haben. Hiernach ist eine Lücke vorhanden im Gesetz, insofern, als die Krankenversicherung mit der 13. Woche aufhört und die Unterstützung seitens der Invaliditätsversicherung erst mit der 27. Woche beginnt. Diese Lücke wolle man jetzt ausfüllen dadurch, daß man die gesetzliche Verpflichtung der Kassen zur Unterstützung auf 26 Wochen ausdehne. Vom Standpunkte der freien Kassen aus könne man dem nur zustimmen, da es wohl nur wenig freie Hülfskassen geben würde, die bisher schon nicht mindestens 26 Wochen Krankengeld zahlten. Nach Dr. Hoffmann betragen die dadurch erhöhten Ausgaben nur 1/4 der bisherigen, und will derselbe diese Mehrausgabe ermögligen ohne höheren Beitrag, lediglich durch Vereinfachung der Organisation. Ob das möglich, sei eine große Frage. Die Ersparnisse in den Verwaltungen werden so unbedeutend sein, daß nennenswerthe Mehrleistungen nicht herausgeschlagen werden können. Das Gefährliche für die freien Hülfskassen liegt in dem Folgenden: Nach Ansicht des Dr. Hoffmann solle es in Zukunft nur eine Kassenform geben, und zwar die der Ortskrankenkasse, unter Aufhebung der Gemeindekrankenversicherung und der freien Hülfskassen, wobei merkwürdiger Weise die Bau-, Innungs- und Betriebskassen bestehen bleiben. Die Organisation der Zukunftskasse sei Sache der Gemeinde, welche den Vorstehenden bestimme. Dieser wiederum stellt die Beamten an. Diese ganze Umänderung hat ersichtlich nur den Zweck, die Arbeiter mundtot zu machen, ihnen das Selbstbestimmungsrecht, die freie Verwaltung innerhalb der Kassen zu nehmen, um Platz zu schaffen für dem Staate ergebene Militärärzte. Dr. Hoffmann sagt, daß in den freien Hülfskassen die Sozialdemokraten die Oberhand haben, um die Kassen den Zwecken der Sozialdemokratie dienlich zu machen. Beweise hierfür hat man allerdings nicht. Wenn Personen in der Verwaltung der freien Hülfskassen sozialdemokratischen Anschauungen huldigen, so könne man ja in Bezug auf andere politische Ansichten von Beamten der behördlichen Kassen dasselbe behaupten. Uebrigens erhalte Dr. Hoffmann bereits Sufkurs aus den Reihen der Arbeitgeber. So habe z. B. ein Herr Israel in Berlin der Meinung Ausdruck gegeben, daß auch die Generalversammlungen beschnitten werden müßten; höchstens dürfe dieselbe aus 30 Personen bestehen, um die Personen der Aufsicht der „Genossen“ zu entziehen. Israel will gleichzeitig die bisher den Arbeitgebern auferlegten Strafen für Nichtan- und -abmelden zc. aufgehoben wissen, weil es ein peinliches Gefühl erwecke, als Arbeitgeber bestraft zu sein! Es solle höchstens Ersatzleistung, sowie Nachzahlen der Beiträge vom Arbeitgeber gefordert werden können. Auch Israel stellte die Behauptung auf, daß die Generalversammlungen zu politischen Zwecken benutzt, daß ferner nur „Genossen“ als Beamte angestellt wurden, ganz unbekümmert darum, ob solche dazu geeignet seien oder nicht, immer nach dem Motto: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand!“ Wenn Israel alle diese Behauptungen beweisen solle, müsse er elend Schiffbruch leiden. Weiter werde gegen die freien Hülfskassen angeführt, daß sie gar nicht in den Maßnahmen der Krankenversicherung passen, weil sie ihre Mitglieder nach Alter und Gesundheit aussuchen können. In größerem Maße treffe das aber auf die Betriebskassen zu, zu welchen ja nur gesunde Arbeiter kommen. Betriebsleiter sind jederzeit im Stande, Kranke Mitglieder aus der Arbeit, und damit aus der Kasse, los zu werden. Wie allgemein bekannt, gebe es Arbeitgeber, welche schwangere Frauen kurz vor der betreffenden Zeit aus der Arbeit entlassen, nur um den Kassen die Kosten zu sparen. Und trotzdem lasse man die Betriebskassen ungeschoren! Das sei ja aber auch erklärlich, da man ja nur die Kassen mit freier Selbstverwaltung treffen wolle. Von jeher seien die freien Hülfskassen der Regierung ein Dorn im Auge gewesen, daher der wiederholte Versuch, dieselben von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Auch in den Gewerkschaften und Kartellen wurde seit Jahren schon Propaganda für die Ortskassen gemacht, weil es in einigen Fällen gelungen war, die freie Selbstverwaltung der freien Hülfskassen auf die Ortskassen zu übertragen. Wenn aber erst einmal die freien Hülfskassen beseitigt sind, ist es mit der freien Selbstverwaltung auch in der Ortskasse bald zu Ende. Deshalb müsse man sich mit Händen und Füßen gegen die Gesetzgebung dieser „Vorschläge“ des Dr. Hoffmann wehren, da nichts Minderes auf dem Spiele stehe, als das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in den Kassen überhaupt. Was aber nun thun? Hoffmann's Aeußerungen seien unzweifelhaft nur ein Fühler, wie man in der Öffentlichkeit darüber denke. Es entstehe daher die Frage, ob man nicht jetzt schon Stellung dagegen nehme in Versammlungen durch Resolutionen zc., oder ob man abwarten wolle, bis die Novelle vorliege, um dann einen Kongreß der freien Hülfskassen einzuberufen. Persönlich sei Nebner der Meinung, schon jetzt die Agitation zu beginnen, nicht erst noch zu warten, da Hoffmann's Ansichten die der Reichsregierung seien, wie die an die Eingereinigungen in dieser Materie gerichteten Anfragen beweisen. Was L. e. Schaffung nur einer Ortskasse betreffe, sehe er ja auch auf dem Standpunkte, daß eine solche dem jetzigen Systeme vorzuziehen sei, aber immer nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß

die freie Selbstverwaltung bestehen bleibe. Die heutige technische Betriebsart in den Fabriken weise entschieden auf diese eine Ortskasse in den Gemeinden hin. Infolge der technischen Entwicklung sei es z. B. in den mechanischen Schuhfabriken absolut nicht möglich, nur gelernte Schuhmacher zu beschäftigen, es könne vielmehr jeder Nichtschuhmacher diese Arbeiten an der Maschine genau so gut machen. Wenn also Bäcker, Schlachter, Schneider, Schuhmacher, ländliche Tagelöhner zc. zusammen arbeiten, stehe dem doch nichts entgegen, dieselben auch in einer Ortskasse zu vereinigen! Entschieden Front gemacht müsse werden der Bestimmung gegenüber, daß die freien Hülfskassen dem § 76 des Gesetzes nicht mehr genügen sollen. Werde diese Bestimmung aber Gesetz, bleibe nichts Anderes übrig, als die freien Hülfskassen in Ortskassen umzuwandeln. Hierdurch werde aber ein großer Theil der in freien Hülfskassen befindlichen Nichtversicherungspflichtigen geschädigt, welchen erworbene Rechte ohne Weiteres genommen würden, die diese aber auch in den Ortskassen nicht wieder erlangen könnten. Wenn aber diese Bestimmung Gesetz werde, werde man ja die freien Kassen in Ortskassen verwandeln müssen, und entstehe dann die Frage, ob man nicht eine allgemeine Ortskasse gründen solle. Nebner ist nicht dafür. Lokale Kassen würden sich als Ortskassen nicht halten können der geringen Mitgliederzahl wegen. Größere Kassen sollten sich dann nach Berufen zusammenschließen. Nebner empfiehlt, schon jetzt Stellung zu nehmen, damit den Gewerkschaften nicht allein der Kampf gegen die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen überlassen bleibe. Mit den Gewerkschaften müsse die Parole lauten: „Nieder mit dem Aitentat gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter!“

Lenker und Brauer sprachen im Sinne Zaffe's und auch für sofortige Stellungnahme. Lenz hob die Tendenz hervor, welche dem Vorgehen des Kartells zu Grunde liegt, und daß es ist, die nur Ortskassen zu haben. Es müsse den Herren aber auch zu Gemüthe geführt werden, daß, wenn sie freie Selbstverwaltung auch in den Ortskassen wollen, sie nicht den freien Hülfskassen das Lebenslicht ausblafen helfen dürfen. Denn gerade nur so lange, als dieselbe in den freien Hülfskassen besteht, wird man sie in den Ortskassen dulden, länger nicht. Nachdem noch mehrere Nebner sich in gleichem Sinne ausgesprochen, wurde folgende von Zaffe eingebrachte Resolution angenommen:

„Die siebente ordentliche Generalversammlung des Verbandes freier Krankenkassen am 9. Juli 1900 in Hamburg beschließt: Die Krankenkassen haben gegen die Vorschläge auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, soweit sie, wenn auch nur auf privatem Wege, die wohl als die Auffassung der Regierung gelten dürften und die auf die Entrechtung der versicherten Arbeiter abzielen, bekannt geworden sind, sofort Stellung zu nehmen und gegen eine solche Entrechtung entschieden zu protestiren. Zu diesem Zwecke sind überall sofort öffentliche Versammlungen einzuberufen, in welchen die geplante Entrechtung besprochen und dagegen Stellung genommen wird. Gleichzeitig beschließt die Generalversammlung, die Zentralkommission zu Berlin zu ersuchen, sobald die Regierungsvorlage zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes vorhanden ist, zur Stellungnahme zu derselben sofort einen allgemeinen Kongreß aller Krankenkassen einzuberufen.“

Lenker gab der Meinung Ausdruck, daß es nöthig sei, um eine plannmäßige Agitation zu entfalten, mit dem Kartell eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten, und stellte derselbe einen dahingehenden Antrag, welcher, nachdem noch einige Nebner dazu gesprochen hatten, Annahme fand.

Die nun folgende Wahl des Vorstandes des Verbandes ergab folgendes Resultat: Blume, erster Vorsitzender; Themar, zweiter Vorsitzender; Bulle, Kassirer; Zaffe und Niemeier, Beisitzer. Als Ersatzmänner für die Beisitzer wurden Mahmann und Lenz gewählt.

Die Berliner Bau- und Möbelschlerei im vorigen Jahre.

II.

Ueber die Dekorationsmöbelbranche wird gesagt, daß sie seit 1890 keine Ausdehnung erfahren habe. Früher sei nach England und Südamerika geliefert worden; nun seien die Fabrikanten infolge Ausbleibens von Aufträgen dorthin gezwungen gewesen, ihre Muster dem deutschen oder europäischen Geschmack anzupassen; die Konkurrenz sei daher sehr ausgedehnte und fühlbare geworden. Wörtlich heißt es im Bericht der Handelskammer:

„In den letzten Jahren hat sich der Konsum insofern geändert, als bessere Kleinmöbel meistens nur von den Möbelhandlungen geführt werden, während die billigeren weniger soliden Artikel (sogenannte Holzgalanteriewaaren) von den Waarenhäusern gekauft werden, wo die Billigkeit der Waare als Hauptfache gilt, nicht aber die Qualität und Form maßgebend ist.“

In den größeren Fabriken wird mit Dampfkraft gearbeitet, während die mittleren Betriebe meistens mit Gasmotor oder Elektromotor versehen sind. Die Kleinbetriebe dagegen behelfen sich mit den zahlreichen Schweiß- und Fraiseinstellen nebst Hobelwerken, welche sich in allen Stadttheilen befinden. Im Jahre 1899 ist der Absatz in Deutschland und den europäischen Ländern, wie Belgien, Holland, Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen, welche hauptsächlich Berliner Kleinmöbel und Holzgalanteriewaaren beziehen, derselbe wie in den früheren Jahren geblieben, obgleich die Berliner Erzeugnisse unter der auswärtigen Konkurrenz in Thüringen, Sachsen und Schlesien, welche längere Arbeitszeit und billigere Arbeitslöhne haben, stark zu leiden hatten. Der Verdienst der Fabrikanten ist allgemein ein derart geringer, daß bei der andauernden Steigerung der sämmtlichen Rohmaterialien eine Preiserhöhung unabänderlich sein wird, besonders wenn die projektierte achtstündige Arbeitszeit der Tischler und Bildhauer bei höheren Löhnen in diesem Frühjahr erzwungen werden sollte. Der bisherige Wochenverdienst der in der Branche bei neunstündiger Arbeitszeit beschäftigten Drechsler, Tischler und Bild-

hauer belief sich auf M. 24-33. In Berlin und seinen Vororten leben ungefähr 150 selbstständige Handwerker und Fabrikanten. Es werden zirka 2000 Arbeiter beschäftigt.

Die Produktion dürfte im letzten Jahre einen Werth von zirka M. 5 000 000 dargestellt haben.

Zum Glück für die armen Fabrikanten ist der Achtstundentag in Berlin noch nicht eingeführt worden. Sonderbarer Weise wird auch in diesem Bericht verschwiegen, daß die billigen Arbeitskräfte in Thüringen und Schlesien nicht entfernt so leistungsfähig sind wie die Arbeitskräfte in Berlin; die Quantität der Arbeit hängt doch wahrlich nicht von langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen ab. Daß jemand, der nur neun Stunden arbeitet und infolge des höheren Lohnes seinen Körper besser pflegen kann und deshalb arbeitsfreudiger und arbeitstüchtiger ist, leuchtet heute jedem halbwegs vernünftigen Menschen ein. Daß die Fabrikanten und Handelskammersekretäre das nicht einzusehen vermögen, ist ein weiterer Beweis dafür, daß sie sich thätigst noch niemals um die Arbeiterverhältnisse in den verschiedensten Gegenden bekümmert haben. Die Möbelindustrie in Berlin steht in ihrem ganzen Umfange trotz der kürzeren Arbeitszeit und der verhältnismäßig höheren Löhne in Bezug auf Konkurrenzfähigkeit keinem Orte innerhalb Deutschlands nach. Die Fabrikanten mögen also unbesorgt sein, daß, wenn wirklich einmal die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden sollte, sie darum doch noch nicht zu Grunde gehen werden. Dem Beispiele der Arbeiter in großen Orten folgen die in kleinen, und der Ausfall dürfte recht bald wieder ausgeglichen sein.

Die Parketindustrie soll nach dem Berichte im verfloßenen wie in früheren Jahren ungünstig abgeschnitten haben. Die Preise sind seit mehreren Jahren nicht gestiegen und ein noch weiteres Fallen zu beobachten. Hiergegen sollen die Preise für Rohmaterialien (vornehmlich Eichenholz) eine steigende Tendenz zeigen. Ein ganz gefährlicher Konkurrent ist der Parketindustrie im Ausland entstanden. Als unglück wird es bezeichnet, daß in den letzten Jahren immer noch mehr neue Parketfabriken entstehen. Wer nur einigermaßen rentabel arbeiten, thue dies auf Kosten des Rohmaterials. Bezüglich der Qualität der Güter sei man nicht wählerisch. Billig werde produziert. Die wenigen Fabriken, welche für ihre erstklassigen Erzeugnisse entsprechend bessere Preise erzielen, kämen für den großen Markt nicht in Betracht.

Die ungünstigen Preise sind nicht ohne Wirkung geblieben. Mehrere kleine weniger gut fundierte Fabriken gerieten in Konkurs, oder verkaufte rechtzeitig. Wörtlich wird dann gesagt:

Da man in Interessentkreisen darüber einig ist, daß ein noch weiterer Rückgang der Preise den Ruin der Branche bedeuten würde, so hat man sich endlich am Ende des Jahres aufgerafft, um in Berlin eine Preisconvention zu schließen, die dem auch glücklich Anfang Februar 1900 zu Stande gekommen ist. Es haben sich daran alle in Betracht kommenden hiesigen, sowie viele auswärtige Fabriken und Ausführungsgehilfen beteiligt. Stabblöden in europäischer Größe wurden zirka 65 M., in amerikanischer zirka 40 M., Tafelparkets zirka M. 1 theurer.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird als zufriedenstellend bezeichnet. „Ebenfalls seien Tarifänderungen oder Arbeitseinstellungen nicht vorgekommen.“ Es wird dann ausgesprochen, daß die Löhne der Verlegerarbeiter voraussichtlich infolge eines für die nächste Zeit beabsichtigten Streiks erhöht würden.

Das ist, wie unsere Leser wissen, geschehen, und zwar nach einem mehrwöchentlichen Streik. Freiwillig konnten sich die Fabrikanten trotz der Preiserhöhung doch noch nicht dazu verstehen. Den neuen Tarif haben wir in Nr. 26 der „Holzarb.-Ztg.“ zum Abdruck gebracht.

Im Allgemeinen zeigt der Bericht der Handelskammer, daß die Bau- und Möbelindustriellen Berlins im Jahre 1899 im Allgemeinen ganz gut gefahren sind, trotz der „kurzen“ Arbeitszeit und der „hohen“ Löhne, die so gerne als Sündenbock für den schlechten Geschäftsgang herhalten müssen. Ob der Bericht für dieses Jahr ebenso günstig lautet wird, ob nicht der Streik beziehungsweise die Aussperrung manchem Ritter der Holzindustrie einen Stich durch die Rechnung gemacht hat? Mancher Derjenigen, die im vorigen Jahre noch müdegezählt wurden, wird im nächsten Bericht fehlen. Eine ganze Anzahl Erbannten der Großindustriellen haben ihr wirtschaftliches Dasein gesegnet, stehen unter der Liste der Konkursmacher, als Opfer ihrer Einseitigkeit, als Wahrzeichen aller Dorer, die aus Liebedienerei und Mangel an selbstständigem Charakter sich zu Profiturten der großen Mäcker erniedrigen. Zur Strafe für diese Handlungsweise sind viele der Berliner Kleinmeister in den Ordnis unrichtiger Vergessenheit versenkt worden. Markt's Buch, Ihr Standesgenossen Eurer Berliner Trabanten, damit Ihr im gleichen Falle nicht dem gleichen Schicksal erlei werden. Ihr seid gewarnt!

Der Schreinerstreik in Frankfurt a. M. beendet.

Das 12 wöchigen, heftigen Kampfe, dessen Hauptzweck war die Vermeidung der 9 stündigen Arbeitszeit war, wurde der Streik in letzter Woche von den Arbeitern für beendet erklärt. Als Ursache der Lokalkonflikte, auf gütlichem Wege eine Einigung herbeizuführen, scheiterten an dem Entschluß der Bauunternehmer. Die Schreinerorganisation, als Mittel der Regierung, fand zu gebührender Handen da; jeder Selbstständiger hat, mag er sich welche den Beschlüssen der Bauunternehmer...

flügen. Dem Gewerbegericht als Einigungsamt fehlte das sozialpolitische Verständnis, in dieser Sache eine Entscheidung zu treffen; es machte den Vorschlag, es bei der 9 stündigen Arbeitszeit vorläufig zu belassen und daß mit dem 1. October 1901 die Arbeitszeit erneut in Erwägung zu ziehen sei. Von Anfang bis zum Ende des Ausstandes blieb der Streikleitung nichts Anderes übrig, als mit jedem Unternehmer einzeln zu verhandeln. Die gesammte Möbelbranche und ein Theil der Bautischlereien ließen ihre Leute nicht erst in den Ausstand treten, sondern bewilligten gleich und schickten sich auf diese Weise ihre alten Arbeitskräfte. Während der Dauer des Streiks kam noch eine ganze Reihe größerer und kleinerer Geschäfte hinzu, darunter auch viele Innungsmittglieder, so daß die Zahl der Kämpfer in der letzten Woche soweit untergebracht war, daß an die Befragung der Streikposten nicht mehr gedacht werden konnte und eine Weiterführung des Kampfes zwecklos erschien. Welches ist nun der Erfolg des 12 wöchigen Ausstandes? Der Lohn ist in allen Betrieben erhöht worden, durchschnittlich um 12 bis 15 pSt. Der Lohn wird bei Akkordarbeit garantiert und gilt als wöchentliche Abschlagszahlung. Für Ueberstunden wird für die ersten zwei, von der Arbeitszeit gerechnet, je 15 M., für Nacht- und Sonntagsarbeit 25 M. pro Stunde Zuschlag bezahlt. In mehreren größeren Geschäften ist auch, unserem Wunsche entsprechend, der Freitag als Zahlungstag eingeführt worden. Was nun die Arbeitszeit betrifft, auf welche die Frankfurter Mitglieder den Hauptwerth legte und welcher der Kampf galt, so ist auch hier eine bedeutende Ummwälzung eingetreten und ist die 9 stündige Arbeitszeit die maßgebende. Es arbeiten jetzt 750 Mann 9 Stunden, 320 9 1/2 Stunden. Wird hier in Betracht gezogen, daß vor dem Streik noch über 500 10 Stunden und annähernd 700 9 1/2 Stunden gearbeitet haben, so kommt eine Arbeitszeitverkürzung von über 3 Stunden pro Woche auf den Kopf der Gesamtzahl der Beschäftigten heraus. Ein Leichtes würde es gewesen sein, die Arbeitszeit gleichmäßig auf 9 Stunden zu regeln, würden die Arbeitswilligen bei Viel-, Holzmann und Prüßler ihre Kollegen nicht durch Versprechungen und Unterschrift getäuscht haben und dann doch stehen geblieben sein. Der Streik ist zwar beendet, die Ruhe wird jedoch nicht früher eintreten, bis auch in der letzten Werkstat 9 Stunden gearbeitet wird. Wie bei dem früheren Maurerstreik, so suchen auch die Frankfurter Bauunternehmer jetzt die Schreiner zum Austritt aus dem Holzarbeiterverband zu zwingen, und kein Mittel ist ihnen schlecht genug, um die denkenden Personen aus der Stadt zu treiben. Dessen können jedoch die Herren versichert sein, daß diese ihre Bemühungen erfolglos sein werden. Die Zahlstelle Frankfurt des Holzarbeiterverbandes ist aus diesem Kampfe nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen, und wegen der Arbeitszeit sprechen wir uns zur geeigneten Zeit wieder.

Zur Lohnbewegung der Tischler in Elbing.

Wie schon in Nr. 30 telegraphisch bekannt gegeben, haben am 23. Juli 160 Kollegen die Arbeit eingestellt. Bei der Firma Schichau waren, wie wir ebenfalls schon berichteten, die Kollegen mit Forderungen herangetreten, worauf ihnen auch zufriedenstellende Zugeständnisse in Bezug auf den Lohn gemacht wurden. Bei der langen Arbeitszeit ist es geblieben. Zwar steht zehnstündige Arbeitszeit auf dem Papier, doch werden eine Unmenge Ueberstunden gemacht, für die es Extrabehaltung nicht giebt, trotzdem die Firma sicher dazu in der Lage wäre, da der Staat ein guter Zahler ist. Bei der letzten Lohnung zeigte es sich, daß man die Zugeständnisse auch noch wieder zum größten Theil vergessen hat. Die größte Schuld tragen freilich die Arbeiter selbst, weil dieselben noch zu schwach organisiert sind und deshalb ihren Forderungen nicht genügend Nachdruck geben können.

Am Mittwoch, den 25. Juli, haben ja 60 Kollegen der Firma G. & J. Müller die Arbeit wieder aufgenommen, da nach mehrmaligen Verhandlungen des Ausschusses mit den Chefs eine für die Kollegen befriedigende Einigung zu Stande kam. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 69 1/2 Stunden, die Lohn-erhöhung wurde schon kurz vor dem Ausstande gewährt, der Akkordzuschlag beträgt durchschnittlich 15 pSt. Versprochen ist weitgehendste Beschränkung der Ueberstunden, müssen in dringenden Fällen solche doch gemacht werden, so wird ein Zuschlag von 10 M. pro Stunde, bei Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 25 M. pro Stunde gezahlt. Die Nachtarbeit wird von 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens gerechnet. Für Stabmontage wird ein Zuschlag von 2-3 M. pro Stunde, für auswärtige M. 1,25-1,50 pro Tag gezahlt (Sonntag einbezogen). Der Akkordtarif ist zur Einsicht für Gesellen aus-gelegt. Maßregelungen finden nicht statt. So ziemlich dieselben Zugeständnisse hat die Firma Kusch und die Firma Andree gemacht, wo auch weiter gearbeitet wird. Zu den neuen Bedingungen sind, die Schichau'schen Kollegen nicht mitgerechnet, ja 120-140 Kollegen beschäftigt. Einige Arbeitswillige haben sich leider gefunden, doch handelt es sich theils um Leute, welche in der Verteilung von Fasel Grobes, in der Arbeit aber nur Geringes leisten, sodann noch einige eben Ausgelernte. Diese bedauernswerthen Auch-Tischler stehen der Organisation fern, werden aber wahrhaftig den Meistern den Kohl nicht fett machen. Der Geist unter den streikenden Kollegen ist ein guter. Vier Fünftel davon sind organisiert. Die Ausständigen hoffen, daß nach 2-3 Wochen der Streik mit einem Siege beendet sein wird.

Wie wir hören, soll jetzt schon ein Brauer eingepackt haben. Noch manchen anderen Arbeitgeber kann dasselbe Loos ereilen, wenn die Herren in ihrer Hartnäckigkeit verharren. Daß die beschriebenen Forderungen bewilligt werden können, beweisen einige Arbeitgeber dadurch, daß sie an einzelne Kollegen die Aufforderung richteten, sie möchten zur Arbeit kommen. Zu dem Treubruch ihren Kollegen gegenüber suchten sie die mit solchen Schreiben „Bekehrten“ dadurch zu bewegen, daß sie ungewöhnlich günstige Arbeitsbedingungen versprochen. Abgereist sind 25 Kollegen, wenn nöthig werden andere ihrem Beispiel folgen. Ein konservatives Blatt, die „Elbinger Zeitung“, bezeichnete die streikenden Tischler als „Blamontagsmacher und arbeitsscheue Menschen“. Es wurde von den Kollegen in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, dieses Blatt in keinem Arbeiterhaushalt fern zu dulden.

Zum Schreinerstreik in Ruffenhäusen bei Stuttgart.

„O weh, ich hab's gewonnen.“ so konnte Herr Fried, Fräuleinbesitzer, hier ausrufen, als am 28. Juli vier seiner Arbeiter angeblich wegen Kontraktbruchs vom Gemeindeg...

zur Zahlung von je M. 12 verurtheilt wurden. Am 6. Juli traten die Bau- und Möbelfreier in den Ausstand, wobei obige Firma nicht in Betracht kam. Herr Fried muthete nun seinen Arbeitern zu, daß sie für Schreinerarbeiten an den Maschinen machen sollten, da jedoch sämtliche Maschinenarbeiter der Bau- und Möbelfreierereien im Ausstand waren, so weigerten sie sich, die Arbeit fertig zu stellen, weil sie damit zu Streikbrechern geworden wären. Am zweiten Tage nach Ausbruch des Streiks, als Herr Fried sah, daß er allein die Arbeit nicht fertig brachte, rief er: „Wenn Ihr die Arbeit nicht machen wollt, dann könnt Ihr Alle miteinander gehen!“ Am folgenden Morgen vor Beginn der Arbeit machte ihn die Streikkommission darauf aufmerksam, daß seine Arbeiter diese Arbeit unter keinen Umständen fertig stellen und es besser sei, wenn er während des Streiks solche Arbeiten garnicht annehme. Herr Fried erklärte aber, daß er auch weiterhin die Arbeit mache, worauf die Arbeit nicht mehr aufgenommen wurde. Er richtete dann Klage ein wegen Kündigungslosens Verlassens der Arbeit und beanspruchte M. 12 Entschädigung (sechs Tage à M. 2 ortsüblicher Tagelohn).

Das Gericht (der Gemeinderath) gab der Klage statt, weil eine Werkstattdrängung nicht ausgehängt sei. Herr Fried wurde unersetzlich darauf aufmerksam gemacht, daß er seither nie einem Arbeiter gekündigt habe und die Arbeiter auch stets ohne zu kündigen gehen konnten, was er aber bestritt; einen Beweis aber dafür zu erbringen war er nicht im Stande. Herr Fried hat dem Gemeinderath Mühe hier so recht aus dem Herzen gebrochen. Als Richter hat sich Mühe berufen gefühlt, zu erklären: „Mit der Weischa g'hört je nauß g'haue.“ Dieser Mann hat sich als Gemeinderath in allerhöchster Zeit vor dem Landgericht wegen Entwendung von Steinen zu verantworten. Wer in einem Glashause sitzt, Herr Mühe, soll nicht mit Steinen werfen. Was meint Herr Mühe, wenn die Richter, die über ihn zu richten haben, ebenfalls solche Ausbrüche gebrauchen würden, wo er sich doch wegen ganz anderer Dinge vor Gericht zu stellen hat als die Arbeiter? Die Arbeiter danken dafür, wie Hundebandeln zu werden, sie sorgen aber selber dafür, daß der Wunsch des Herrn Mühe nicht in Erfüllung geht.

Welche Früchte der Streik zeitigt, zeigt folgender Fall. Der oben angeführte Herr Fried erklärte einem Schreinermeister, daß er denjenigen Meistern, die nicht im Verband seien, keine Arbeiten mache. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, kein Mittel wird unberührt gelassen, um den Arbeitern den Prohibitiven zeigen zu können. Aber es hat bis jetzt garnichts gezogen. Jetzt suchen sie an allen Orten Arbeiter, und da ist der Schwarzwald die Gegend, die noch Streikbrecher liefert. Dort, wo die Kollegen noch unter den miserabelsten Bedingungen arbeiten, werden jetzt Arbeitswillige angeworben, selbst die minderwertigsten Kräfte sind ihnen jetzt gut genug, und seither jammern sie immer um tüchtigere Arbeitskräfte. Die Folgen davon zeigen sich auch schon beim Meister Knorr, selbstverständlich kann er keine gute Arbeit liefern, so daß die Bauleitungen berechtigte Klage führen über die mangelhafte Arbeit, die obenrein längst fertig sein sollte. Solche Erfahrungen müssen die Herren machen, die, nachdem sie kaum einige Jahre Meister sind, jetzt den Pros spielen wollen.

Die Meister wollen jetzt unter dem Vorwand, der Streik sei beendet, Arbeiter bekommen. Kollegen, es ist eure Pflicht, überall, in den Werkstätten, in der Mitgliederversammlung, wo sich nur Gelegenheit findet — und die findet sich, wenn es Jedem daran gelegen ist —, dafür zu sorgen, daß Arbeiten für Ruffenhäusen nicht gemacht werden und Zugang streng fern gehalten wird, indem der Streik unverändert fortbauert.

Rundschau.

† Wilhelm Liebknecht. Nach Schluß der Redaktion trifft die traurige Nachricht ein, daß heute Morgen (Dienstag) unerwartet der Parteiveteran der Sozialdemokratie, Genosse W. Liebknecht, am Herzschlag gestorben ist.

Der wirtschaftliche Niedergang. Die hurratriotische Stimmung der „gutgesinnten“ Presse ist rasch verflaut, je länger die Volkswirtschaft in China dauert und je unzuverlässiger und widersprechender die Nachrichten des Telegraphen sind. Handel und Industrie sind bereits tiefe Wunden geschlagen, die Kapitalisten haben viele Millionen verloren und lähmend legt sich der chinesische Schrecken auf das ganze Geschäftsleben. In der Generalversammlung der „London Joint Stock Bank“ behauptete der Vorsitzende die gegenwärtige Lage. Es liege die Befürchtung vor, daß sich schon Anzeichen eines Rückgangs in dem Wohlgehen des Landes bemerklich machen. Die hohen Preise hätten Beschränkungen in dem Handelsverkehr veranlaßt und die Direktoren der Bank hätten es deshalb für rathsam gehalten, aus den Erträgen des Halbjahres die Reserven zu kräftigen. In gleicher Weise berührt die ganze Kapitalistenwelt durch Stärkung der Bankreserven und Zurückziehung unsicherer Kapitalien sich vor Möglichkeiten und Ueberlastungen zu schrecken. Infolgedessen beginnt sich die Lage des Geldmarktes nachgerade immer schwieriger zu gestalten und wird auch die an der gegenwärtigen Krise ganz unbetheiligten Industrien hemmen, wenn erst zum Winter oder schon im Herbst die Geldverknüpfung ihre Wirkungen voll äußert.

Langsam beginnt auch schon das Baugeschäft die Folgen der schwierigen Marktlage zu spüren. Aus München wurde vorige Woche gemeldet, daß die Banken bereits mit ihren Kapitalien zurückhalten und infolgedessen in München ein Bauunternehmertrach bevorstehe. Dieser Ankündigung ist nur ein schwaches Dementi gefolgt, aus dem so viel hervorgeht, daß in der That die Banken mit Krediten sehr zurückhaltend geworden sind und deshalb der Zusammenbruch aller derjenigen Elemente bevorsteht, die sich in dieser Prosperitätsperiode der Ueberproduktion übernommen haben.

Ueber die Lage der Eisenindustrie werden noch fortgesetzt die widersprechendsten Gerüchte verbreitet, die über die plötzliche und allgemeine Geschäftsverschlechterung hinwegtäuschen sollen. Auch für die Kohlenindustrie ist die gute Zeit offenbar bereits vorüber und die Blättermeldungen von einer nochmaligen Kohlenpreiserhöhung im Herbst sollen wohl nur den Zweck haben, die Abnehmer der Bechen und Synbikate zu Beschlüssen zu ermuntern und ein Rückgehen der Preise zu verhüten. Aus der Eisenindustrie wird gemeldet, daß die bekannten Dyffenschen Werte dem Syndikat plötzlich wegen Betriebsbeschränkungen schon bestellte Roheisenmengen wieder zur Verfügung stellen. In der Textilindustrie flaut der Geschäftsgang immer mehr ab, namentlich scheint die Baumwollindustrie schwer in Mitleiden-

Entsprechend dem ist denn auch die Haltung der Börse. Die Bögen des Telegraphen haben zwar die Wirkung gehabt, daß man nun nicht mehr glaubt und infolgedessen eine beständigere Stimmung Platz gegriffen hat. Im Allgemeinen aber bleibt der Börsenverkehr, wie die Berichte ausweisen, ein äußerst geringer. Man fürchtet sich vor dem Abschluß neuer Geschäfte, weil jeder Tag schlimme Nachrichten bringen kann.

Wir werden in einer der nächsten Nummern näher auf den wirtschaftlichen Niedergang zurückkommen.

Die Intelligenz der katholischen Arbeiter. Der „Vorwärts“ schreibt: Als vor einiger Zeit ein Werkdirektor in Kiel erklärte, die katholischen Arbeiter seien weniger intelligent als die übrigen, brauste ein Sturm der Entrüstung durch den ultramontanen Blätterwald. Der Direktor sollte die Schmähung widerrufen, und solcher Dinge noch mehr verlangten die führenden Zentrumsblätter.

Nun schreibt aber die „Vereinschrift für den katholischen Volksverein“, also eine erzkatholische Zeitung, Folgendes: Von allen sozialpolitischen und wissenschaftlichen Fragen, überhaupt vom öffentlichen Leben halten sich gerade gutgestimmte katholische Männer fern. Man erhält fast den Eindruck, als hätten sie Bedenken, ob solcherlei weltliche, soziale und politische Tätigkeit für einen guten Katholiken passe.

Wie ist diese Zurückhaltung so mancher katholischer Männer zu erklären?

Unseres Erachtens rührt sie zum großen Teil daher, daß man an leitender Stelle vielfach im Volke bloß das Verständnis und Interesse für religiös-sittliche oder höchstens kirchenpolitische Fragen geweckt hat. Die Leute gehen dann Sonntags pflichtgemäß zur Kirche, Werktags gewohnheitsmäßig ihrer Arbeit nach, versorgen ihr Hauswesen, bekümmern im Uebrigen aber für Fragen, zum Beispiel der Sozialpolitik oder Politik, des Wissens, des wirtschaftlichen Fortschritts u., kein Interesse. Zur Wahl gehen sie nur, wenn und weil und wie der Geistliche es wünscht. Diese Leute haben sozusagen nur eine religiös-kirchliche Weltanschauung; was in diesem Horizont sich nicht unterbringen läßt, existiert für sie nicht, vermag auch nicht, ihr Interesse zu wecken.

Es ertönt dann der Nothschrei . . . daß es anders werden müßte. Was sagen die Zentrumsblätter jetzt nach dem Eingeständnis ihrer Kollegin?

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Gaarden wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. August d. J. einen lokalen Beitrag von 10 \mathcal{M} pro Woche zu erheben. Es haben mithin die Mitglieder in Gaarden vom 1. August an einen wöchentlichen Beitrag von insgesamt 35 \mathcal{M} zu entrichten.

Entsprechend ihren Anträgen wird hiermit der Zahlstelle Konstanz die Genehmigung zur Erhebung eines lokalen Beitrages von 10 \mathcal{M} pro Monat und der Zahlstelle Magdeburg die Genehmigung zur Erhebung eines lokalen Beitrages von 10 \mathcal{M} pro Quartal erteilt.

Nachstehende, als verloren bezeichnete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 117 866 Otto Albert, Tischler, geb. 3. 6. 51 zu Forst (N.-L.).
- 128 678 Edmund Rozel, Tischler, geb. 30. 9. 69 zu Gräg.
- 136 656 Dhm, Tischler, geb. 21. 10. 73 zu Hauslagen.
- 172 497 Stanislaus Syranowski, Tischler, geb. 27. 3. 74 zu Posen.
- 177 015 Joseph Ruhn, Tischler, geb. 13. 12. 79 zu Unterlangnau.
- 185 861 Gustav Steding, Stellmacher, geb. 28. 1. 82 zu Pöglitz.
- 214 356 Karl Anger, Schreiner, geb. 15. 10. 78 zu Hann. Münden.
- 224 224 Ernst Hoppe, Tischler, geb. 15. 2. 76 zu Hameln.
- 227 538 Wilhelm Gonsdb, Stellmacher, geb. 24. 9. 82 zu Schönbeck.
- 230 464 Paul Robitz, Tischler, geb. 18. 12. 73 zu Lasnez (Ungarn).

Stuttgart, den 4. August 1900.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

25. Gau, Vorort Freiburg i. B.

Wir machen an dieser Stelle nochmals auf die Gaukonferenz aufmerksam, die am 19. August d. J. in Offenburg i. B. stattfindet, und ersuchen die Zahlstellen, sich dort durch Delegierte vertreten zu lassen. Den wiederholten Anträgen der Zahlstellen, ob Zuschüsse zu den Delegiertenkosten aus der Gaufasse gewährt werden, zur Kenntnis, daß diese nicht geschehen kann, da wir die uns statutarisch zustehenden Mittel für die Agitation schon überschritten haben und deshalb für den erwähnten Zweck nichts bewilligen können.

Der Gauvorstand.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Alfeld a. d. L. Die Mitgliederversammlung vom 5. August beauftragte die Lokalverwaltung, gegen die ungleiche Höhe der Streikunterstützung zu protestieren. Die Kollegen sind der Meinung, da sie dieselben Beiträge bezahlen, als die Kollegen in den großen Zahlstellen, obwohl sie weniger verdienen wie die Ersteren, da sie auch nicht die günstige Arbeitszeit haben wie diese und auch bei Streiks stets zurückgesetzt werden, daß der Hauptvorstand die gleichen Forderungen der Kollegen ändern oder die Rechte derselben gleichstellen wird.

Berlin. Die Korbmacher hielten am 28. Juli ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche jedoch, wie diese vorgehende, sehr schwach besetzt war. Es wurde berichtet,

daß die Kollegen der Firma Robert Schmidt & Co., Krautsstr. 3, eine Werkstättenführung abgehalten hatten, da auf Beschloß der, die hier angefertigt, 10 \mathcal{M} pro Annuß abgezogen sind mit der Motivierung, daß nur Vorraß gemacht würde, die Submission wäre erst am 30. Juli, doch wollten die Kollegen dieshalb bei der Firma vorfällig werden. Auch wurde mit Rath und Krach ein Vertrauensmann gewählt, denn von den 20-30 Kollegen, die dort arbeiteten, hatte keiner so viel Mühegrat, das Amt anzunehmen. Der in der Werkstättenführung gewählte Vertrauensmann hat es denn auch gar nicht für nötig gehalten, in der Branchenversammlung zur Bestätigung zu erscheinen, trotzdem er ein alter organisierter Kollege ist. Die früher am besten organisierte Werkstätte ist es kaum jetzt noch zur Hälfte und auch diese halten es nicht der Mühe werth, in der Versammlung zu erscheinen. Und das Alles aus Furcht, von Herrn Schmidt auf's Pflaster geworfen zu werden, weil er bei jeder Gelegenheit erklärt, wenn es nicht paßt, der kann gehen. Die Korbmacher in Berlin, obwohl sie noch ganz gut organisiert sind, sind eben zu bequem, die Versammlung zu besuchen. Es ist doch thatsächlich haarsträubend, wenn von ungefähr 200 Organisirten in der Versammlung 15 Mann erscheinen, und wer glänzt durch Abwesenheit? Die Grünarbeiter, sowohl vor wie nach dem Streik, und hierin kann Jeder von der kirchlichen Werkstätte, Gartenstr. 31, lernen, denn diese Herren haben es überhaupt nicht nötig. Dasselbe gilt auch von den Friedrichsberger Kollegen. Da sind z. B. die Kollegen Erdmann und Mag Schmidt, diese beiden haben im Winter während der Streikzeit der Bibliothek ein Buch entnommen, dasselbe aber bis jetzt nicht zurückgegeben. Nun frage ich die Kollegen, was soll diese Harmonieüberei für ein Ende nehmen? Tag für Tag hat man die Fälle, daß gerade die Korbmacher, welche ihren Arbeitgeber sozusagen aus der Tasche geholt haben, zuerst auf das Pflaster geworfen werden, und dieses sind in der Regel Indifferente, und da fühlt sich denn auch Niemand veranlaßt, solchen Leuten gegenüber solidarisch zu handeln. Darum, Kollegen, lege ich Euch an's Herz, besucht die Versammlungen und laßt nicht das Bette, was Ihr durch den letzten Streik gewonnen habt, wieder verloren gehen. Besucht die am 13. August in Bichtenberg, Dorfstr. 2, stattfindende öffentliche Korbmacher-Versammlung und begrabt die alte Interesslosigkeit.

Bremerhaven. Mit der Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter befaßte sich die am 4. August abgehaltene, zahlreich besuchte Generalversammlung. Eine recht lebhaft debattierte die Taktik der Hamburger Holzarbeiter hervor, die an uns das Verlangen stellten, die Arbeit auf den von Hamburg hier angekommenen ostasiatischen Truppentransportdampfern unter allen Umständen zu verweigern, während von Hamburg selbst 22 organisierte Tischler im Einverständnis mit der dortigen Lokalverwaltung (Wie uns mitgeteilt wurde, hatte die Verwaltung in Hamburg keine Gelegenheit gehabt, dazu Stellung zu nehmen. D. N.) auf diesen Dampfern arbeiteten. Sämmtliche Redner waren der Ansicht, daß wir den Hamburger Kollegen gegenüber nur dann Solidarität erweisen können, wenn sie selbst die Arbeit ebenfalls niederlegen, deshalb wurde das vom Kollegen Bessier an uns gestellte Ansuchen mit Entschiedenheit zurückgewiesen, durch Annahme folgender Resolution, welche mit allen gegen sieben Stimmen angenommen wurde. (Bemerkte nur werden, daß die sieben Kollegen ausdrücklich erklärten, nur deshalb gegen die Resolution gestimmt zu haben, weil eine persönliche Spitze gegen Bessier darin enthalten sei.) „Die heute im „Colosseum“ tagende Generalversammlung der Zahlstelle Bremerhaven des Deutschen Holzarbeiterverbandes spricht ihr Bedauern darüber aus, daß ein Mitglied, welches die höchste Ehrenstellung in einer Zahlstelle bekleidet, wie Kollege Bessier-Hamburg, auf Grund seiner einflussreichen Stellung versucht, die von der Aussperrungsleitung aufgestellte und von der gesammten Arbeiterschaft Hamburgs sanktionierte Taktik mit der seinigen zu identifizieren. Die Versammlung weist mit Entrüstung die Zumuthung des Kollegen Bessier zurück, daß auf Kosten von 22 Hamburger Tischlern eine nicht abzuschätzende Arbeiterkraft verschiedener Kategorien der Aussperrung verfallen könnte.“

Breslau. Den Breslauer Drechslern geht es gut, sie haben nicht nötig, sich um eine Organisation zu kümmern, die bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen will. Daher kommt es denn auch, daß von 400 Drechslern nur 80 dem Verbands angehören. Es wird zwar öfter räsionirt über zu niedrige Löhne, gelegentlich auch eine Faust in der Tasche, das ist aber auch Alles. Im Uebrigen machen sie ruhig weiter, arbeiten 62-78 Stunden und gehen mit M. 10-12 pro Woche nach Hause. Es hat ganz den Anschein, als ob die Kollegen erst dann zu Verstand kommen würden, wenn es ihnen - was wir allerdings nicht wünschen - noch schlechter geht. Darum, Kollegen, rafft Euch auf, organisiert Euch, werdet tüchtige Verbandsmitglieder, in nicht allzu langer Zeit werdet Ihr einsehen, daß wir Euch nicht zum Schlechten gerathen haben.

Bromberg. Die „Eiche“, das Organ der Tischler S.-D., funkert in einer sogenannten Verächtung davon, daß die hiesige Zahlstelle nach dem Streik so gut wie aufgelassen sei, da - und das ist die weitere Konsequenz - die bisherigen Holzverbändler dem Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein beigetreten seien. Auch sonst hat es der Berichterstatter der „Eiche“ an Unrichtigkeiten und Entstellungen nicht fehlen lassen. Zu demselben nahm eine am 26. Juli stattgefundene öffentliche Tischler-Versammlung Stellung. Dieselbe war des schlechten Wetters wegen schwach besetzt, aber die Verbandsmitglieder waren sämmtlich anwesend. Kollege Hoeske-Berlin war krank und referirte an seiner Stelle ein anderer Kollege. Von den Gewerbevereinsleuten waren ganze 20 Mann und der Automatenhändler erschienen. Festgestellt wurde, daß wirklich drei Mitglieder des Verbandes, die aber erst während des Streiks beigetreten sind, zu den Hirschen übergegangen sind, und zwar Fischer, Berndt und Sakowski. Diese gönnen wir dem Gewerbeverein von ganzem Herzen und noch mehr von der Sorte dazu. Die lägerhaften Berichte der „Eiche“ brachten unsere Mitglieder in helle Empörung. Der Vorsitzende des Gewerbevereins gab denn auch zu, daß thatsächlich einige Fehler in den Berichten enthalten seien. Die Feder sträubt sich, alle die Unwahrheiten in der sich gebührenden Form hier festzunageln; betont sei, daß es mit der Rückgratfestigkeit der Hirsche nicht weit her ist. Schon im Januar wurden die Meister von ihnen aufmerksam gemacht, daß die Tischler Lohnforderungen stellen würden. Daraufhin wurden wir bei den Verhandlungen zurückgewiesen mit den Worten: „Streikt nur, daß Ihr schwarz werdet, wir haken es schon aus!“ Als die Einigung durch den Oberbürgermeister perfekt wurde, haben die Gewerbevereinsleute ein Fest veranstaltet, die Meister dazu eingeladen und ihnen ihren Dank abgefaßt.

Dafür zeigten sich diese durch das Spenden eines Faß Bieres erkenntlich. Eine Hand wäscht die andere. Eine solche Lasklosigkeit mitzumachen, kann den Mitgliedern unseres Verbandes nicht einfallen, am wenigsten würden sie sich jemals dazu verstehen, die Meister „hoch“ leben zu lassen und „Bücklinge“ vor ihnen zu machen. Mitgeteilt wurde, daß ein Zimmungsmeister zu einem Verbandsmitgliede gesagt habe, die Meister wollten die Führer des Verbandes entlassen und die Verbandsmitglieder nicht einstellen. An diesem Beschluß der Zimmungsmeister sollten die Gewerbevereinsleute nicht ganz unschuldig sein. Wir werden abwarten, ob sich dieselben wirklich einer solch schamlosen Handlungsweise schuldig machen könnten. Wir werden uns durch solche Machinationen nicht beirren lassen, sondern unentwegt an unserer Organisation festhalten, und wir hoffen, bemaaleint ohne Hilfe der Gewerbevereine größere Erfolge als mit ihnen erzielen zu können.

Greifenhagen. Kollege Szepansky aus Stettin sprach hier in eindrucksvoller Weise über den Nutzen der Organisation. Einer scharfen Kritik unterzog er die Korbmacher einer Werkstätte, die die wenigen Ervingenschaften dieses Frühjahr bereits wieder haben fahren lassen. Nicht gut wie kamen auch einige Tischler der Walter'schen Werkstätte, die es in ihrer Akford-Arbeitswuth fertig bringen, die Woche M. 28 zu verdienen bei einem Preise für Doppelfenster von M. 8,50. Am Schlusse des befallig aufgenommenen Referats wurde eine Resolution angenommen, laut welcher sich die Anwesenden verpflichteten, nach Kräften für den Ausbau des Verbandes zu sorgen. - Die Versammlungen finden jeden letzten Sonntag im Monat bei Ehrke, Brückenstr. 340, statt. Meistunterstützung zahlt Kollege Seidow, Korbmacher, Fischerstr. 270.

Landberg a. d. W. Am Donnerstag, den 2. August, fand hier am Orte eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt, welche sich mit dem Streik der Modelltischler der Firma Paulsch beschäftigte. Das Referat hierzu hatte Kollege Sturische-Berlin. Es handelte sich hier um eine zehnprozentige Lohn-erhöhung. Da nun keine Einigung erzielt werden konnte, so legten die Kollegen, die sämmtlich Gewerbevereinsleute waren, bis auf 3 Kollegen, welche dem Verbands angehörten, die Arbeit nieder. Nun war es doch Pflicht des Gewerbevereinsvorsitzenden, hier mit einzugreifen, um eine Einigung herbeizuführen und seinen Kollegen mit Rath und That zur Seite zu stehen. Doch geschah dieses nicht, und so wurden die Kollegen einfach entlassen. Dadurch sah sich die Zahlstelle veranlaßt, von unserer Seite eine Versammlung einzuberufen. Dies wackte die Gewerbevereinsleute erst auf, und so ließen sie sich auch einen Referenten, Herrn Klein aus Berlin, kommen. Dieser konnte natürlich auch keine weiteren Entschuldigungen vorbringen und sagte nur, die Kollegen bekommen ja ihre Unterstützung und weiter brauchen sie ja nichts, ob der Streik nun 4 Wochen oder ein halbes Jahr dauert. In der Diskussion kam es zu einer lebhaften Debatte, in welcher dann auch vorgebracht wurde, daß sich schon Arbeitswillige gefunden hätten und bereits 9 Tischler dort arbeiten. Ferner wurde gedankt, daß die Firma Paulsch ihre Arbeiter hindert, wo anders in Arbeit zu treten, durch Bemerkungen auf der Entlassung; dazu äußerte ein Kollege, daß diese Maßregeln doch abgeschafft werden müßten, dies kann aber nur geschehen durch eine starke Organisation und durch ein festes Zusammenhalten der Kollegen. und das betonte auch Kollege Sturische in seiner Schlussrede. Namentlich den Gewerbevereinsleuten legte er dies an's Herz. Es wird dringend erjucht, die Kollegen aufmerksam zu machen, den Zugang von Modelltischlern streng fern zu halten.

Ludwigshafen a. Rh. Wir machen wiederholt die Kollegen auf den hier bestehenden Arbeitsnachweis aufmerksam und bitter, das Umschauen ganz zu unterlassen. Es könnte dann nicht vorkommen, daß Kollegen in Werkstätten kommen, wie z. B. in die „Süddeutsche Modellschreinerei“, wo ihnen von Seiten des Herrn Werkführers die schönsten Rosenamen an den Kopf geworfen werden. Auch wäre es sehr zu wünschen, wenn der Herr Fabrikinspektor diesem Betriebe seine Visite abstatte, denn die Schutzvorrichtungen an den Maschinen, die Ventilation und die Aborte lassen sehr viel zu wünschen übrig. Dem Herrn Werkführer aber empfehlen wir, sein Benehmen den Arbeitern gegenüber etwas zu ändern, anderenfalls würde es Leute geben, die ein ernsteres Wörtchen mit ihm reden.

Queblinburg. Die Lage der hiesigen Wirtstimmermacher ist keine rosig. Hier wird fast nur Engrosware hergestellt, und da kann man sich denken, daß die Akfordpreise nicht hoch sind. So werden für Bechen mit Ausspuzen und ohne Beschneiden M. 1,30 pro 1000 Loth gezahlt. Hier hat man aber damit zu rechnen, daß dem Arbeiter das erforderliche Quantum Vorthen zugewogen wird. Es heißt da, neben der Fingerfertigkeit auch darüber nachzudenken, wie die auf das zugewogene Quantum Vorthen berechneten fertigen Waaren hergestellt werden können. Für Einzelnien giebt es nur 60 \mathcal{M} pro 1000 Loth; da müssen alle Kräfte angespannt werden, um das Nothwendigste zur Fristung einer kümmerlichen Existenz herauszuschlagen. Für Vorthenmischen giebt es 15 \mathcal{M} , für Haarpußen und Durchreiben 50-65 \mathcal{M} pro Pfund. In einigen Werkstätten wird für einen Wochenlohn von M. 13-17 gearbeitet. Die Arbeitszeit barirt zwischen zehn und elf Stunden. Der Arbeiterwechsel in den einzelnen Werkstätten ist groß, ganz besonders in der Werkstätte von Herrn Wagner. Dieser gute Mann sucht in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte und verpricht, daß bei ihm Jeder solche Arbeit erhält, wobei er (der Meister) am besten bestehen kann. Bieleicht ist das ein sprachlicher Irrthum; es soll wohl heißen: wobei er (der Meister) am besten bestehen kann. Daß es so sein wird, davon legt der große Wechsel der Arbeitskräfte bereites Zeugnis ab. Mögen die Wirtstimmermacher vorichtig sein und nicht auf alle x-beliebigen Inserate hineinfallen.

Teterow. Die hiesige Ortsverwaltung sieht sich genöthigt, die Dampfischlerei von H. Schwarz den reisenden Kollegen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Vor drei Wochen erreichten die dort beschäftigten Kollegen durch einmüthiges Zusammenhalten die gänzliche Freigabe von Kopf und Logis. Ob es nun nachträglich Meister Schwarz leid geworden ist, oder ob er sonst mal eine Kraftprobe seiner Feindschaft machen wollte, lassen wir dahingeh. A.; kurz und gut, vorige Woche mußten die dortigen Kollegen Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr noch einen Erg wegrbringen, welches zirka 1 $\frac{1}{2}$ Stunden in Anspruch nahm. Selbstverständlich forderten diese am Sonnabend bei der Lohnzahlung auch Bezahlung der Ueberstunde. Während der Erste anstandslos 50 \mathcal{M} erhielt, nannte er es dem Kollegen Stoll gegenüber eine „Ausverschämtheit“, als dieser sich 30 \mathcal{M} forderte. Schwarz berief sich darauf, die Arbeiter hätten doch M. 1 Trinkgeld von den Hinterbliebenen bekommen, womit sie zufrieden sein könnten, und erhielten Zwei ihre Kündigung zugefickt.

Am Sonntag versuchte nun der Meister, hierüber zur Rede gestellt, sich mit der Ausrede heraus zu helfen, die in Betracht kommenden hätten nicht genug Arbeit die letzte Zeit geliefert.

Triebes. Herr Eckardt befindet sich, seit er Obermeister der Zwangsinnung ist, auf dem hohen Pferd. Er hat, wahrhaftig, um den Unternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen, den Bevollmächtigten der Zahlstelle, welcher bei ihm arbeitete, gemahregelt.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Situationsbericht aus Halberstadt. Die Tischler am Orte stellten an die Arbeitgeber die Forderungen auf 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 5 % Zuschlag pro Stunde, 20 % Zuschlag auf Affordarbeit, 10 % Zuschlag auf Ueberstunden und 20 % Zuschlag auf Nacharbeit.

Aus Stabenau. Unsere letzten Voraussetzungen sind nun schon zum großen Teil eingetroffen. So ist am 4. August den Stuhlbauern bei Wiffert der angekündigte neue Tarif vorgelegt worden, und es sind da Abzüge gemacht worden, die geradezu haarsträubend sind.

Die Schreiner Reithaus haben an ihre Meister folgende Forderungen gestellt. 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und wähet von Morgens 7 bis Abends 7 Uhr, mit einer halbstündigen Frühstück- und Besper- und einer einstündigen Mittagspause.

um Ausgleich anzurufen und hat diese die Vermittlung zu übernehmen. Der Vorstand der Freien Vereinigung der hiesigen Schreinermeister legt sich mächtig in's Zeug, daß Niemand bewilligen soll, und der Hauptstarkmacher hierbei ist der Schriftführer der Vereinigung, der unsere Zahlstelle vor Jahren in's Leben gerufen hat.

In Rothenburg o. T. legten die Schreiner die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde, Ratheber, die vermutlich für Münchener Schulhäuser bestimmt sind, fertig zu stellen.

In der Bau- und Möbelschlerei von Neuffer & Bauer in Ulm a. d. D. sind Differenzen ausgebrochen. Zugug ist fern zu halten.

In der Holzdreherei des Herrn C. Leopold in Eppendorf (Ergeb.) sind am 17. Juli sämtliche organisierte Drehschler ausgeperrt worden. Zugug ist fern zu halten.

Die Stellmacher Magdeburgs haben über die Verteilung des Herrn Strohbach die Sperre verhängt, weil er erklärte, die bewilligte Arbeitszeit von zehn Stunden nicht einführen zu können.

In Offenbach haben die Glaser durch gütlichen Vergleich die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 8 pzt. Lohnverhöhung, sowie Abschaffung der Affordarbeit und die Anerkennung ihres Arbeitsnachweises errungen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Schwarze Listen. Daß schwerste Strafe Dem angedroht ist, der Andere am Arbeiten verhindert, scheint der Zentralverband der Bautischler Berlins und Umgegend nicht zu wissen, oder doch nicht auf sich zu beziehen.

- a) Die Mitglieder sind verpflichtet, jeden Gesellen, der seine Arbeit nicht ordnungsmäßig fertiggestellt hat, sofort dem Bureau telephonisch und darnach schriftlich zu melden. b) Jedes Mitglied hat sich bei Einstellung eines Gesellen im Bureau zu erkundigen, ob derselbe in seiner früheren Arbeitsstelle die Arbeit ordnungsmäßig fertiggestellt hat, und wenn dies nicht der Fall ist, denselben sofort wieder zu entlassen.

Um eine genaue Kontrolle zu ermöglichen, werden an die Mitglieder Fragebogen folgenden Inhalts verteilt:

Vertraulich! Berlin, den..... 190.. Herrn Tischlermeister..... Sie wollen mir nachstehende Fragen über den Tischlergesellen (Vorname)..... (Zuname)..... (Geburtsort)..... möglichst umgehend genau beantworten und im beiliegenden frankierten Couvert zurücksenden. Hochachtung (Unterschrift) Zum Abreißen! Vertraulich! Berlin, den..... 190.. Herrn Tischlermeister..... Auf Ihre gest. Anfrage vom..... 190.. erwidere höflichst: Der Tischlergeselle (Vorname)..... (Zuname)..... (Geburtsort)..... hat bei mir vom..... bis..... gearbeitet.

- 1. Hat seine Arbeit ordnungsmäßig fertiggestellt. 2. Hat die Arbeit liegen lassen. 3. Hat pro Tag verdient M..... 4. Eignet sich für Bauarbeiten. Einfache — bessere. 5. Eignet sich für Möbel. 6. Eignet sich für polierte Arbeiten. 7. Kann nach Zustimmung arbeiten. Sonstige Bemerkungen: (Keine Unterschrift)

Zur Verfügung der Mitglieder wird noch mitgeteilt, daß die unter a) und b) gestellten Beschlässe, sowie der Inhalt obigen Fragebogens von einem Rechtsanwalt "revidiert" wurden. Mit diesem Spionagesystem, das der Denunziation und Nachsucht der Meister Thür und Thor öffnet, sucht man Arbeiter, die sich den Ausbeutungsgelassen der Unternehmer nicht willig fügen, wirtschaftlich zu ruinieren und zum Hungern zu verurteilen.

Der Tischler-Arbeitgeber-Comitéverband ist in seinen Sitzungen fertiggestellt. Diese freudige Botschaft konnte der Bremer Obermeister Brinkmann seinen Kollegen auf dem 7. Bezirkstage in Gesehinde überbringen.

sich bekanntlich um den auf dem Tischler-Innungstage in Lübeck angeregten Schutzverband zur Verhütung und Bekämpfung von Streiks. Der Innungstag, welcher gegenwärtig vom 6. bis 7. August in Bielefeld auf der "Sparrenburg" tagt (bekannt durch die Rede Wilhelm's II., zuchtlausgefehlten Angebens), soll berufen sein, für die Tischlergesellen ein Zuchtlausgesetz in miniatur zu schaffen.

Da wird manchem kleinen Krauter, der gar keinen Gesellen bezahlen kann, aber sich solidarisch erklären muß, die Freude an der Innungsherrschaft verborgen werden. Wir verstehen den Schmerz, den die streiklustigen Gesellen den armen Innungsmeistern bereiten!

Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Örtlicher Tischlerinnung. Der Gesellenausschuß dieser Innung hatte in der Quartalsversammlung den Antrag auf Einführung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit gestellt. Der Altgeselle Böhm begründet (nach dem Protokoll in "Günther's Deutsche Tischlerztg.") den Antrag damit, daß die Arbeitszeit jetzt so verschieden sei und viele Werkstätten die kürzere Arbeitszeit jetzt schon haben.

Ein Zeichen sozialpolitischer und taktischer Einsicht ist das nicht. Der Stein ist im Rollen; die Meister werden die Gelegenheit finden, sich öfter mit dieser Frage beschäftigen zu müssen.

Unternehmer-Solidarität. Der Arbeitgeberverband in Kopenhagen hat an die Münchener Tischlermeister eine Offerte gerichtet, wonach die Tischlermeister in Kopenhagen sich bereit erklärten, halbfertige und neue Arbeit zum Selbstkostenpreise fertig zu stellen.

Einen Preisausschlag von 20 pzt. haben die Stellmachermeister in Königsherg i. Br. wegen Steigerung der Rohmaterialien eintreten lassen. Wenn die Gesellen wegen Steigerung der Lebensmittel und Wohnungspreise eine Lohnverhöhung von 5-10 pzt. fordern, dann ist der Teufel los und man kann geruht genug schimpfen auf die beehrlichten, unverschämten Gesellen. Ja, wenn Zwei dasselbe thun —!

Das 250 jährige Jubiläum ihres Bestehens feiert am 26. d. M. die Bürstenmachereinnung in Leipzig. Die Innungsordnung derselben ist vom Rath der Stadt Leipzig am 26. August 1650 bestätigt worden.

Trufts in der Besen- und Bürstenfabrikation. In Australien sind seit längerer Zeit Veruche gemacht, Moorhirse zur Besen- und Bürstenfabrikation in größerem Maße anzubauen; jedoch waren die Bemühungen der Planzer von geringem Erfolge. Nun hat sich in Amerika ein Truft gebildet, der sich die Kontrolle des gesammten Rohmaterials für die Besen- und Bürstenfabrikation sichert und die Preise in die Höhe treibt.

In der Weinindustrie hat sich das Geschäft, wie die Rohlener Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht schreibt, gegen das Vorjahr ganz erheblich gebessert. Die Nachfrage nach Weindöpfen, Weinringen und ähnlichen Artikeln, sowohl im Inlande, besonders aber im Auslande und über See, hat sich in so erheblichem Maße gesteigert, daß es vollständig unmöglich war, die Aufträge sämtlich auch nur annähernd zu den vorgeschriebenen Terminen zur Ablieferung zu bringen.

erheblicher Mangel an Arbeitskräften, da es in der Gegend von Neumühl keine zugezogenen Arbeiter giebt und die dortige Fabrikation auf die einheimischen Arbeiter angewiesen bleibt. Die Eingänge der Außenstände erfolgten stets pünktlich und über Verluste war nicht zu klagen. Eine sehr unangenehme Störung war im verfloffenen Jahre und ist auch jetzt noch der enorme Mangel an Kohlen. Es war nur unter großen Schwierigkeiten möglich, die dem Bedarf entsprechenden Quantitäten zu erhalten. — Speziell über die Zahnbürsten-Industrie wird uns berichtet, daß dieses vor langen Jahren als Hausindustrie für den Westerwald geplante Gewerbe beinahe gänzlich eingestellt werden mußte, da es von der übermächtigen französischen Industrie, welche im Departement d'Orne mindestens 10 000 Heimarbeiter beschäftigt und die begünstigt wird durch den geringen Zollfuß (zu 1 1/2 pZt. des Wertes), erdrückt worden ist. Ob die verschiedenen Eingaben behufs Erhöhung des Eingangszolles auf Zahnbürsten von 1904 an Erfolg haben werden, wird die Zukunft lehren müssen. Die größeren Würtstehändler, welche diesen Artikel ausschließlich aus Frankreich beziehen, sich aber meist als Fabrikanten aufspielen und irriger Weise von den zuständigen Organen vielfach auch dafür angesehen werden, stellen die deutsche Zahnbürstenfabrikation immer noch als nicht bedeutend genug hin, daß die Abperrung ausländischer Waare durch einen wirksamen Zoll gerechtfertigt wäre. Sie haben eben kein Interesse daran, die deutsche Zahnbürsten-Industrie lebensfähig zu machen. Ohne genügenden Zollschutz kann sich dieser Industriezweig in Deutschland aber niemals entwickeln.

Sonderbarer Weise verlangt man nach anderen Staaten des Kontinents und überseeischen Ländern freie oder doch mindestensbesteuerter Einfuhr deutscher Waaren, und für ausländische Waaren nach Deutschland höchste Besteuerung. Wie reimt sich das zusammen?

Zum Danziger Bernsteinhandel im verfloffenen Jahre theilt eine amtliche Quelle mit, daß von rohem Bernstein aus Königsberg an den Danziger Markt gelangten 66 364 kg Rohbernstein (davon 36 850 kg zur Lackfabrikation), 897 kg Ambrois, 59 168 kg geschmolzener Bernstein und 1290 kg Bernsteinsäure. Seewärts ausgeführt wurden nach Pommern 2111 kg, Schleswig-Holstein 978 kg, Hamburg 50 kg, dem Rheingebiet 8422 kg, Dänemark 25 kg und den Niederlanden 6697 kg, im Ganzen 13 283 kg gegen 13 589 kg im Jahre 1898, 17 567 kg im Jahre 1897 und 36 480 kg im Jahre 1896. Es ist hieraus ersichtlich, daß der früher so bedeutende Bernsteinhandel nach auswärtig in den letzten Jahren rapide zurückgegangen ist. Ganz aufgehört hat der Handel nach Großbritannien, wohin im Jahre 1897 noch 1220 kg exportiert wurden; nach Pommern ist der Export von 13 788 kg im Jahre 1896 auf 2111 kg, nach den Niederlanden von 11 141 kg im Jahre 1896 auf 1697 kg und nach Hamburg von 3561 kg im Jahre 1897 auf 50 kg zurückgegangen. Auch Dänemark, welches im Jahre 1898 noch 698 kg gebrauchte, bezog diesmal nur 25 kg. Eine Steigerung des Bernsteinabzuges weisen allein Schleswig-Holstein und das Rheingebiet auf. — Die Bearbeitung von Bernstein bewegt sich im Allgemeinen in den Grenzen des Vorjahres.

Die Kammbranche in Deutschland scheint unter der fortgesetzten wechselnden Mode nicht schlecht zu fahren. Sie hat recht zufriedenstellende Umsätze. Ein Korrespondent F. der „Zeitschrift für Würtsteh-, Wäpfel- und Kammsfabrikation“ schreibt in der neuesten Nummer:

„Das Geschäft würde sogar noch mehr florieren, wenn nicht in jüngster Zeit die Branche eine erhebliche Störung erlitten hätte durch die plötzliche Erhöhung des Eingangszolles für ungemasertes polirtes Celluloid, dessen Preise demgemäß sehr stark anzuheben, weil die Behörden nur das leichtere gemaserte als Celluloidimitation ansehen. Die Behörden selbst haben davon nicht die erwarteten Vortheile der Mehreinnahme, da die Konsumenten nunmehr das etwas theuere gemaserte Material zum Zollfuß von M. 30 einführen; der Nachtheil für die Konsumenten aber besteht darin, daß sich dieses gemaserte Material schlechter verarbeiten läßt. Es sollen übrigens sicherem Vernehmen nach bereits entsprechende Schritte eingeleitet sein, um diese Maßnahme der Zollbehörde wieder aufzuheben, nachdem sich dieselbe in der Praxis als verlorene Liebesmühe qualifiziert hat.“

Anzeichen günstigen Geschäftsganges in der Korffabrikation. Die Rheinischen Linoleumwerke in Hedberg haben ihr Aktienkapital von 2 auf 3 Millionen erhöht. — Die Firma Grünberg & Hartmann in Ludwigshafen, Fabrik für Wärmeschutzmassen, Korffabrikation, wurde mit M. 1 600 000 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Die Zweigniederlassungen in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München sind an die Gesellschaft übergegangen. — Steigender Profit mit der Vergrößerung des Kapitals und der Geschäfte und niedrige Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen, das sind zwei schroffe Gegensätze, die bei der Organisationslosigkeit der Arbeiter wohl niemals ausgeglichen werden.

Ein Korffabrikanten-Verband in Oesterreich ist nach dem Muster des deutschen Verbandes gegründet worden. Am 15. August soll die konstituierende Generalversammlung in Prag stattfinden. Hauptzweck beider Verbände soll sein, höhere Preise zu erlangen und die Einfuhr ausländischer fertiger Waaren durch Zollbeschränkungen zu erschweren; natürlich verbitten sie sich, daß deutsche fertige Waare im Ausland zu hoch versteuert wird. Das Sprüchwort: „Was Du nicht willst, das man Dir thu,“ usw., kennen die Herren nicht.

Gewerkschaftliches.

Bei der Massenausperrung der Hamburger Werftarbeiter sind im Ganzen 80 Mobell- und Schiffstischler in Mitleidenschaft gezogen. Organisirte waren nur Wenige darunter. Sämmtliche Ausgesperrte sind in anderen Werkstätten untergebracht, in denen Schiffarbeit angefertigt wird. Diese Arbeiter haben sich durch die Aussperrung durchaus nicht verschlechtert. Während auf den Werften nur ein Lohn von 35–40 M gezahlt wird, erhalten sie jetzt 40–50 M. Seit 14 Tagen haben die Werftarbeiter Niemanden mehr ausgesperrt. Das ist sehr natürlich, da kein Ersatz für die Ausgesperrten zu haben ist und die Werftarbeiter (Tischler eingerechnet) beschloffen haben, Nachfeierabend- und Nacharbeit zu verweigern. Sonderbar berührt es, daß, wie schon öfter, auch diesmal sich der Staat wieder auf Seite der Unternehmer stellt.

Während die Unternehmer ihre Privataufträge im Ausland herstellen lassen, werden sie ihren Verpflichtungen gegenüber der Militärbehörde dadurch überhoben, daß die staatlichen Werftbetriebe dem Hamburger Unternehmertum, das seine Arbeiter in frivolem Uebermuth auf das Straßenpflaster geworfen hat, den Hamburger Terroristen helfen und die zum Truppentransport erforderlichen Schiffe selbst fertig stellen! Das Unerhörte ist geschehen. Die kaiserliche Marineverwaltung hat eines von den Transportschiffen für China, die „Sardinia“ nach Wilhelmshaven genommen, um die darauf nothwendigen Arbeiten ausführen zu lassen, die auszuführen die Hamburger, Stettiner und Moskauer Arbeiter verweigerten, weil sie dann Streikbrecher gewesen und ihren Hamburger Brüdern in den Rücken gefallen wären. Die Privatwerftbesitzer in Stettin und Moskau konnten die Ausführung der Arbeiten nicht erzwingen. Die kaiserlichen Werften aber können das... Hier Mann, die sich weigerten, weiter auf diesem Schiffe zu arbeiten und andere Arbeit verlangten, sind entlassen worden. Der Baurath, der in der Sache entschied, machte den Leuten Vorwürfe, daß sie angesichts der Lage in China sich weigerten; sie sollten sich schämen ob dieser Menistenz. Die Leute sagten, daß sie dazu keine Veranlassung hätten. Mit Recht!

Daß auch die kleinen Kräuter, wenn es sich um Unterdrückung der Arbeiter und um das Raubenbucdeln vor den Großunternehmern handelt, dabei sein müssen, geht aus einem Verammlungsbericht der Hamburger Schindemänner hervor. Die Eisenindustriellen Hamburgs hatten sich an den Innungsausschuß gewendet mit dem Ersuchen, keine Ausgesperrten in Arbeit zu nehmen. Der Obermeister der Innung D. fand es, wie im „Bruder Schmieb“ berichtet wird, für gut, die Gesellen mit Jungfern und Huren zu vergleichen. Man höre: Die Gesellen, welche nicht organisiert sind und noch nicht auf Werften gearbeitet haben, das sind die Jungfern, diejenigen hingegen, welche schon in Fabriken gearbeitet haben und organisiert sind, das sind die Huren. (Sehr geschmackvoll!) Er erklärte das Ganze als eine von den Arbeitern unternommene Machtprobe, welche unter allen Umständen unterdrückt werden müsse. Nachdem Meister N. etwas anfänglicher zu der Sache gesprochen, erhielt Meister B. das Wort. Derselbe verurtheilte das Vorgehen der Werftbesitzer in kräftigen Worten. Er nannte dasselbe eine Brutalität, Grausamkeit, Niebertracht sonder Gleichen usw. Nach den Worten B.'s, aus welchen ein moderner, freisinnlicher Geist sprach, erklärte der Obermeister den B. als Sozialdemokrat, zog furchterlich gegen die unverschämten Gesellen zu Felde und erklärte, die Zeit werde kommen, wo die Bühne einfach von den Arbeitgebern festgelegt werden.

Der Mann hat thatsächlich verdient, von den Oberscharfmachern beforirt zu werden; wenigstens sollten sich die Herren solchen gelehrihen Schüler nicht entgegen lassen, der könnte ihnen, falls sie ihn sich für die Scharfmacherzunft erklären, noch recht viele Freude machen.

Technisches.

Braunbeizen der Möbel. Im „Hannoverschen Gewerbeblatt“ macht ein Fachmann Mittheilungen über das Braunbeizen von Möbeln, denen wir Folgendes entnehmen:

Man richte sich einen verschließbaren und dichten Raum ein, versehen denselben mit Regalen, bringe dann das fertiggestellte Möbelfstück und die dazu gehörigen Theile in diesen Raum und lege die einzelnen Stücke auf die Regale. In die Mitte des Raumes stellt man ein Gefäß, in welchem sich ungelöschter Kalk befindet; auf denselben gießt man Salmiak und ebenso viel Wasser und läßt dann das Ganze über einem mäßigen Feuer erwärmen. Hierdurch entstehen reichliche Dämpfe von Ammoniak und Wasser, welche das Holz in ganz gleicher und schöner Weise intensiv und wirkungsvoll braun beizen. Zum Wachsen der gebeizten Gegenstände benutzt man am besten röthliches Wachs. Dasselbe ist nicht immer und überall zu beziehen, am allerwertigsten aber im reinen und unverfälschten Zustande, es dürfte daher wünschenswerth sein, wenn Firmen, die solches liefern, dies bekannt geben wollten.

Am besten dürfte es sein, wenn des Abends die Möbel und deren einzelne Theile in den Raum gebracht werden; derselbe wird alsdann so verschlossen, daß keine Dämpfe entweichen können. Am nächsten Morgen sind die Möbel ohne große Mühe braun gebeizt. Daß das Beizen auch am Tage geschehen kann, dürfte als selbstverständlich gelten, jedoch muß dies in einem abgeschlossenen Raume geschehen, da der Ammoniakdampf auf die Athmungsorgane, wenn auch nicht schädlich, so doch unangenehm wirkt. Für kleinere Gegenstände, wie solche zum Beispiel die Drechsler und Holzbildhauer anfertigen, und die, weil vielfach durchbrochen, schwach geschnitten oder gedreht sind und infolgedessen sich leicht ziehen, genügt auch eine etwas größere Riste, die mit einigen Leisten, Boden oder Haken versehen wird, um die zu beizenden Gegenstände legen oder hängen zu können. — Nach dem Beizen hat man nur noch nöthig, die Möbel zu wässern, d. h. mittelst in Terpentin aufgelöstem Wachs zu bestreichen und dann letzteres mit Bürsten und wollenen Lappen tüchtig abzureiben, um denselben neben der schönen Farbe auch einen wirkungsvollen, matten Glanz zu verleihen.

Wie groß diese Beiz- oder Räucherlammer oder Riste sein soll, wie lange die Gegenstände in derselben verbleiben dürfen, wie viel Kalk und Salmiak genommen werden muß, kommt auf die Größe des Geschäftes, auf die Zahl und Größe der zu beizenden Gegenstände an und bedarf es, wie in allen Dingen und namentlich dann, wenn es eine Neuerung ist, der Ausprobirung. Diese kleine Mühe verlohnt sich vielfach, namentlich auch dadurch, daß die fertige Arbeit durch die Beize nicht wiederholt nach gemacht zu werden braucht und demnach nicht mehrmals geschliffen werden muß, sondern fertig gebeizt aus dem Beizraum hervorgeht.

Literarisches.

Der in seinem 26. Jahrgang (Subilänus-Ausgabe) vorliegende „**Neue Welt-Kalender für das Jahr 1901**“ (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.) enthält u. A.:
Kalendartum. — Postwesen. — Statistische Schmelz. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Auf der Wandererschaft. Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). — Die Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts. Von A. Debel. — Leute im Moor. Gedicht von Franz Diederich. — Zwei Agitationen. Erzählung von Emil Rosenow (mit Illustrationen). — Aus meiner Schulmeisterzeit.

Von Wilhelm Liebknecht. — Boeren und Engländer in Südafrika. Von Max Schippel (mit Illustrationen). — Jahrhundertwende. Gedicht von E. Precang. — Zahlen und Ziffern. Von Dr. H. Vorkardt. — Unsere Kalender. Von I. A. (mit Illustrationen). — Das Schiffshebewerk bei Henschburg. Von A. G. (mit Illustrationen). — Sonne. Gedicht von Ludwig Lessen. — „Heiserum“ und „Heiserumbehandlung“. Von Dr. Curt Freudenberg. — Karl Dertel (mit Porträt). — Zwei Gewerkschaftskämpfe. Von Hugo Boehl. — Das Kreuz am Teich. Gedicht vom Schelm von Bremen. — Fliegende Blätter. — Die dummen Männer. Schwank von Borge Janssen. — Für unsere Näthselöser. — Trächtigkeit- und Bräutkalender. — Hierzu vier Kupfer: Mädchen am Brunnen. — Eine Gemeinderathssitzung auf dem Lande. — Wintertag auf der Landstraße. — In Nachbars Garten. — Ein Dreifarbenbrud auf Kunstdruckpapier: Mittagstafel. — Ein Wandkalender.

Briefkasten.

* Wer liefert furnirte Möbellecke? Wir bitten um Mittheilung.

Driesen. Ihre Zuschrift enthält nichts weiter, als daß Kollege Hanisch aus Stettin dort zwei Stunden gesprochen über die „Zunft der Organisation und den Kampf um das Koalitionsrecht“ und daß die Versammlung ausnahmsweise gut besucht war. Von den Löhnen und den sonstigen Arbeitsverhältnissen am Orte, die allgemein interessiren dürften, schreiben Sie nichts.

Breslau, M. Ermahnungen an Unorganisirte, dem Verbande beizutreten, sind in der Zeitung zwecklos, da dieselbe von diesen Leuten nicht gelesen wird. Hier kann nur das gesprochene Wort helfen.

Hoflau, C. Sie theilen mit, daß nach einem Referate des Kollegen B. A. H. dort eine Zahlstelle gegründet wurde. Wir nehmen davon mit Befriedigung an dieser Stelle Kenntniß.

Langenöls, M. In dieser Nummer konnte ich Deinen Wunsch erst erfüllen. Gruß!

Z. G. 169. Wenn in der Fabrikordnung die Kündigung nicht ausgeschlossen ist, besteht sie in diesem Falle, ganz gleich, ob Sie in Lohn oder Akkord arbeiten.

Starnberg. Den Holzwurm tödtet man durch eine Mischung zu gleichen Theilen von Terpentin und Karbolsäure. Ein Tropfen von dieser Mischung in jedes Bohrloch genügt, um den Wurm zu tödten.

Offenburg. Da Sie uns mittheilen, daß Sie bereits den Vorstand erucht haben, die Angelegenheit zu untersuchen, werden wir die Eingekandt so lange zurückstellen, bis die Untersuchung beendet ist.

Bremerhaven. Den zweiten Theil des Berichtes werden wir in der nächsten Nummer behandeln.

Leipzig, M. B. Wir nehmen von Ihrer Mittheilung, daß die Versammlung, worin Herr Stübbling referiren sollte, Umstände halber nicht stattgefunden hat, Notiz.

Obernau, S. B. Wir wollen den Kollegen Deutschlands aus Ihrem Berichte mittheilen, daß die dortige Zahlstelle infolge der Schuld des früheren Vertrauensmannes Grämer beinahe aus dem Leim gegangen wäre. Der jetzige Vertrauensmann, Herrn. Vender, wohnt Blumenauerstr. 55 c und zählt die Meßunterstützung Mittags von 12 bis 1 und Abends von 7 1/2 bis 9 Uhr.

Buffenhäusen. Wir werden demnächst einmal die Herren Frid und Mühle unter die Loupe nehmen; vorläufig sollen sie mit dem Schreden davon kommen. Theilen Sie uns das Ergebniß der Verhandlung gegen Herrn Mühle mit.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 3 in Hamburg.)

Vom 22. Juli bis 5. August gingen folgende Beträge ein: Altona M. 600, Fadenburg 500, Erfurt 500, Hamburg I 400, Gebelsberg 300, Meißen 300, Regensburg 300, Magdeburg 300, Nowawes 250, Meindendorf 250, Leipzig I 250, Schnefeld 240, Hamburg IV 200, Neu-Sjeburg 200, Volkshaus 200, Pieschen 200, Mainz 200, Halle 200, Alchim 200, Heidelberg 200, Königsberg 200, Düsseldorf 200, Hochheim 200, Niederzwehren 200, Offenburg 200, Rabenau 200, Hilbesheim 200, Westhofen 200, Widenorf 200, Johanneorgengstadt 200, Loischütz 180, Jena 152, Limm 150, Osterwied 150, Böhmisch 150, Heinrichsruh 150, Gießen 150, Gdrlitz 150, Weiterstadt 150, Langenbiebach 140, Martintroda 120, Sobden 120, Ebertoben 120, Biberach 100, Bollmarshausen 100, Wilhelmshaven 100, Lützschena 100, Dresden-N. 100, Paffelbach 100, Kotta 100, Krausbad 100, Gannstatt 100, Gdls 100, Salzgauen 100, Böhlitz 100, Giebichenstein 100, Tharandt 100, Walbau 100, Fürstentwalde 100, Friedrichsfelde 100, Bruchhöbel 100, Niesitz 100, Stöbberitz 100, Niederwürschütz 100, Wangen 100, Zeulenroda 95, Grabow 96,20, Schneberg 80, Pforzheim 80, Zwickau 80, Arzheim 80, Emmerich 75, Minkwitz 70, Kolbitz 60, Altripp 50, Sprottau 50, Pöthen 50, Gleiberg 50, Wismar 50. Summa M. 12 838,20.

Vom 22. Juli bis 5. August erhielten Zuschüsse: Berlin A M. 400, Berlin C 400, Berlin D 300, Garburg 300, Durlach 200, Plauen i. B. 200, Ulm 200, Heilbronn 200, Neumied 200, Oberrod 200, Bregenheim 200, Lubwilschhafen 200, Ebernd 150, Moorburg 150, Förderstadt 150, Neustadt h. L. 150, Stolenz 150, f. e. M. 100: Gomburg v. b. S., Finthen, Diesdorf, Silenbuch, Deutsch, Koburg, Bankow, Herten, Strahlen, Münter, Schlingen, Hochstadt, Weisköschheim, Ehrenfeld, Welschneureuth, Welzheim; Minden M. 120, Urach 88, Amöneburg 70, Kammersdorf 50, Nieja 50, Schleusingen 50. Summa M. 5778.

Krankunterstützung für Einzelmitglieder wurden von der Hauptkasse gezahlt M. 1467,20. L. Jacobs, Hauptkassirer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(G. S. 86, Hamburg.)

Im Juli sandten Ueberhüsse ein: Osnabrück M. 50, Hamburg III 100, München 100, Furtwangen 30, Berlin C 100, Fürth 200, Leipzig 150, Garburg 150, Schweidnitz 50, Balb 100, Braunschweig 100.

Zuschuß erhielt: Siegmund M. 75. Jul. Mahmann, Oeffter. 94 g. I.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 M.)

Bergeborf. Sonnabend, den 18. August, Abends 8½ Uhr.

Braunschw. u. Lüneb. Sonnabend, 18. August, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 82. L.-D.: 1. Erhebung eines Lokalbeitrages. 2. Verschiedenes.

Charlottenburg. Montag, den 18. Aug., Abends 8½ Uhr, bei Leber, Bismarckstr. 74.

Görlitz. Sonnabend, 18. August, Abends 8 Uhr, im „Vesbereg“. L.-D.: 1. Beschlußfassung über die 68 stünd. Arbeitszeit. 2. Diskussion über die Beschlüsse des Verbandstages. 3. Verschiedenes, Aufnahmen und Fragekasten.

Hamburg. Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 11. August, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn v. Salzen, Caffamacherreihe 6/7. Der Sektionsführer.

Leit. Sonnabend, den 18. August, bei Schindler, Gartenstraße. L.-D.: 1. Die Taktik der organisierten Arbeiterschaft bei Boykotts und Lokalforderungen. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Trenenbrieken. Die Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 1. im Monat beim Gastwirth Müller, Breitestraße, statt.

Waldburg. Sonnabend, 18. August, Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Anker“, Löpferstraße: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Bevollmächtigte.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bamberg. Unsere Herberge und Verkehrslokal befinden sich nur in der „Blauen Glocke“, Unterer Sand 14. Auch wird daselbst die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die organisierten Kollegen werden ersucht, nur dort zu verkehren.

Berlin. Arbeitsnachweis u. Herberge befinden sich Engelauer 15, im „Gewerkschaftshaus“. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Burgdorf (Hammer). Allen reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal jetzt im „Gasthaus zur Stadt Burgdorf“ bei Otto Kahle, Marktstraße, befindet. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt, und zwar Abends von 7-8 Uhr und Sonntags von 12-1 Uhr Mittags.

Trenenbrieken. Bevollm. Karl Bied, Vogelgefangstr. 438. Kassirer Franz Sahn, Grünstr. 341. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

Mün. a. d. S. Unsere Herberge befindet sich im Gasthaus „Zum Hohentwiel“, Fildergasse 6. Daselbst wird auch Reiseunterstützung ausbezahlt.

Bittan. Unser Verkehrslokal befindet sich im Restaurant „Zum Bürgergarten“, Roggenpl. 21.

Aufforderung.

Der Tischler Gustav Münch, geb. am 23. September 1861 zu Schweinitz i. Schl., wird ersucht, seinen Verpflichtungen uns gegenüber nachzukommen. Die Kollegen werden um Mithilfe des Aufenthalts gebeten.

G. Camin, Bevollmächtigter, Erdmannsdorf i. Schl., Familienhaus 1.

Kollege Sabels aus Dernsdorf bei Düsseldorf wird aufgefordert, das Mitgliedsbuch des Kollegen Schiller, Nr. 209023, geb. 19. 11. 80 zu Hambrecht, eingetr. 24. 2. 1900 zu Reinfeld a. d. Haardt, sofort an die Ortsverwaltung Hambrecht zu senden. Peter Cotts, Bevollmächtigter.

Ich bitte um die Adressen der Kollegen H. Archschmer, Buch-Nr. 113 453, und P. Fied, Buch-Nr. 129 546. Die Kollegen wollen die Beitrittsbeiträge darauf aufmerksam machen. Bernhard Remann, Bevollm., Wilhelmshaven, Lombdichstr. 24.

Otto Spleter, Tischlermeister aus Gerswalde bei Berlin, wird ersucht, mit dem Kreisverordnetenmann in Sippstadt abzurechnen. Die Kollegen, welche mit Spleter zusammen kommen, wollen ihn hierauf aufmerksam machen.

Der Schneider Valentin Engelhardt aus Gatz a. M., geb. 14. 7. 67, Buch-Nr. 223 496, geht in Pension a. M., wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Kollegen, welchen der Aufenthalt bekannt ist, werden um Mitteilung an Unterzeichneten gebeten. Paul Brückner, Straßburg a. M., Gabelpl. 1.

Der Schneider Valentin Engelhardt aus Gatz a. M., geb. 14. 7. 67, Buch-Nr. 223 496, geht in Pension a. M., wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Kollegen, welchen der Aufenthalt bekannt ist, werden um Mitteilung an Unterzeichneten gebeten. Paul Brückner, Straßburg a. M., Gabelpl. 1.

Der Schneider Valentin Engelhardt aus Gatz a. M., geb. 14. 7. 67, Buch-Nr. 223 496, geht in Pension a. M., wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Kollegen, welchen der Aufenthalt bekannt ist, werden um Mitteilung an Unterzeichneten gebeten. Paul Brückner, Straßburg a. M., Gabelpl. 1.

Der Schneider Valentin Engelhardt aus Gatz a. M., geb. 14. 7. 67, Buch-Nr. 223 496, geht in Pension a. M., wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Kollegen, welchen der Aufenthalt bekannt ist, werden um Mitteilung an Unterzeichneten gebeten. Paul Brückner, Straßburg a. M., Gabelpl. 1.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Heinrich Brück, Bürstenmacher, 20 Jahre, gest. 28. Juli durch Ertrinken zu Frankenberg i. S. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Kollegen, welche die Adresse des Tischlers Albert Gersbeck, gen. Dietrich, geb. 5. 1. 74 zu Wittenberg, anzugeben vermögen, werden ersucht, dieselbe an die Exped. dieses Blattes gelangen zu lassen.

Suche zu sofort, eventuell zum 1. September, einen

Werksführer

für meine Bau- und Möbeltischlerei. H. Bardowicks, Möbelfabrik, Städte bei Wismar a. d. Luhe.

Borarbeiter, der auf weiße Möbel einwirken kann, gearbeitet ist und Meisterstelle vertreten kann, gesucht. Offerten sind einzusenden an V. Fleck, Möbelschreinerei, Weinheim i. Baden.

Tüchtige Möbeltischler

auf nur feine Arbeit bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung stellt noch ein H. H. Wegner, Euhl i. Th., Möbelfabrik mit Maschinenbetrieb.

4 tüchtige Bau- und Möbelschreiner, sowie 1 Maschinenschreiner erhalten sofort dauernde Arbeit. Event. Reisevergütung. Off. unter E. B. 73 an die Expedition d. Bl.

4 Bantischler, bei 10 stündiger Arbeitszeit, und M. 20 Mindestlohn, erhalten sofort dauernde Stellung. Reisegeld wird vergütet. Behrend's Tischlerei, Coswig (Anhalt).

Ein zuverlässiger Zuschneider, sowie einige Bauarbeiter bei gutem Lohn gesucht. W. Gaverkamp, Dampfeschreinerei, Margloh (Kr. Mühlroth).

Tüchtiger Stuhlmacher auf bessere Stühle, nur guter Arbeiter, sofort gesucht. Otto Schlegel, Hannover, Alte Kellerherstr. 87.

Polierer gesucht.

10 tüchtige Stuhlpolierer finden sofort dauernde Arbeit. Stuhlfabrik Haslmühle Inh. Gebr. Jörren, Münster a. D.

Tüchtige Stuhlbauer u. Polierer

bei hohem Lohn sucht Zeulenrodaer Kunstmöbelfabrik, May & Ftzold, Inh. Eichler u. Wiedumilt, Zeulenroda.

Suche für meine Bau- und Möbelschreinerei einen Drechsler, am liebsten einen verheirateten, bei dauernder Arbeit, gutem Lohn und Afford. Aug. Westphal, Gutin, Holzbearbeitungsfabrik.

Tüchtige Drechslergehülften finden dauernde Beschäftigung.

Joh. Schonath, Drechsler mit Motorbetrieb, Pöfnitz i. Th.

Ein jüngerer, tüchtiger Drechsler sofort für dauernd gesucht.

Robert Seidel, Drechsler, Reusfelwig (S.-A.).

Gesucht tüchtige Drechsler. Dauernde Arbeit. Hoher Lohn. Leonhard Geck Wwe., Holzhandl., Gamm i. Westf.

Tüchtige Sammmacher

auf Kadeln u. sind bei einem Lohn von M. 20 bis 24 und dauernder Beschäftigung gute Stelle bei

Ang. Rodenhäuser, Sammfabrik, Pforzheim.

Einem tüchtigen

Schneidwerkzeugmacher und Schneidwerkzeugmacher sucht zum sofortigen Eintritt bei gutem Lohn und dauernder Arbeit

F. Lottholz, Wagnerefabrik, Regensburg (Bayern).

Korbmachergesellen auf grüne Mattarbeit erhalten dauernde Beschäftigung bei

A. Fröbel, Cottin.

1 Korbmacher auf weiße und grüne geschlagene Arbeit. Dauernde Beschäftigung.

F. Sichel, Straßund, Kleinschmidstr. 2.

Zwei Korbmacher auf Geschlagen finden dauernde und gute Beschäftigung. Georg Kappel, Waren i. M.

2 Korbmachergesellen auf weiß und grün geschlagene Arbeit finden dauernde Beschäftigung in Afford oder Wochenlohn. Guter Lohn ist gewährt.

Gottl. Benner sen., Korbmacher, Untertürkheim bei Stuttgart, Kirchstraße 18.

2-3 Korbmachergesellen finden auf Mattarbeit dauernde Beschäftigung.

D. D. Reimers, Bremen-Woltmershausen.

Gef. e. junger, tüchtiger Korbmachergeselle auf Mattarbeit, dauernde Beschäftigung, per sofort. Louis Wiegmann, Korbmacher, Elze (Sachsen).

3-4 Korbmacher auf grüne Mattarbeit sucht

B. Franz, Bremerbörse i. Hann.

Gesucht 2 Bürstenmachergesellen oder Einzelgerinnen von

H. Rohwedder Wwe., Heide i. Holst.

Gesucht ein tüchtiger Bürstenmacher auf Bechen.

Reinr. Gotta, Bürstenmacher, Lina (Westf.)

Korfschneider,

tüchtig und selbstständig auf Maschine und Zuschneiden, für dauernd gesucht. Solide, möglichst verheiratete Bewerber bevorzugt.

H. Wolf & Co., Mainz.

Arbeitsnachweis der Korfarbeiter.

Ein Handarbeiter für Zu- und Rundschneiden sofort gesucht.

Wilh. Sohneck, Frankfurt a. M., Alte Mainergasse 88, 1. Et.

Winkelwasserwaage,

unentbehrlich für jeden Bauhandwerker, vereinigt sechs verschiedene unentbehrliche Maßwerkzeuge des Bauhandwerkers in sich.

In Eigenholz: 30 cm M. 5,10, 45 cm M. 6,—, 70 cm M. 8,—, 100 cm M. 10,—. Zu beziehen von C. Zimmermann, Spezialfabrik in Wasserwaagen, Heilberg. Prospekte gratis und franko! Vertreter an allen Plätzen gesucht!

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prächtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flinststeinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Berlag: H. Röhle, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co., Weide in Hamburg.

Gute zweijährige Weiden

hat billig abzugeben C. Schmidt, Felde Berne (Oldemb.).

D. R. G. M. Antiölin. No. 62672

Buß- und Abreibepolitur für Ueberpolierer.

Neuestes und praktisches Verfahren beim Auspolieren. In Möbel- u. Pianofortefabriken mit bestem Erfolg im Gebrauch. In v. Dankschreiben jedem Tischler nur empfohlen. Probeflasche sende gegen 70 M in Briefmarken, 2 Literflaschen à M. 3 franko und Nachnahme.

C. Magdolong, Weimar i. Th., 3. St. Ueberpolierer

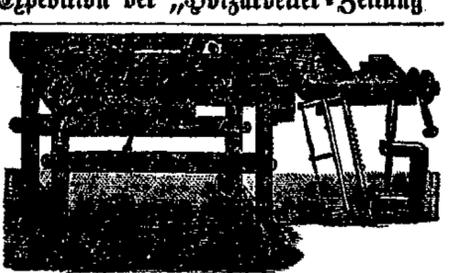
in der Hof-Pianofortefabrik Römhildt.

Neu!! Neu!!

Der Landtischler. Entwürfe zu einfachen Möbeln für das Haus des Bürgers und des Landmannes. Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage. Preis M. 7,50.

Der Dorfschreiner. Vorlagen von anderen Schreinerarbeiten für die einfachsten Verhältnisse. Preis M. 7,50.

Zu beziehen durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- und sechsmonatlicher Kursus. Eintritt täglich. Bewährte Ausbildung.



Zeichner, Werkführer, Meister.